Prinz Heinrich VII. Reuß General v. Schweinitz, Fürst Münster als Mitarbeiter Bismarcks.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde einer Hohen Philosophischen Fakultät

der

Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen.

Vorgelegt von

Alois Pfitzer

aus Weingarten.

1931

Teildruck mit Genehmigung der Philoſoph. Fakultät der Univerſität Tübingen.

Dekan: Prof. Dr. J. W. Hauer

Referent: Prof. Dr. A. Wahl.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Juli 1931.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
Literaturverzeichnis		II
Einleitung		1
Reuß,	1. Kapitel: Gesandter in Petersburg, 1867—76.	5
	2. Kapitel: Stellung zu Bismarcks Bündnissystem.	13
	3. Kapitel: „Krisenjahre".	27
	4. Kapitel: Mittelmeerabkommen, Verlängerung des Dreibunds und Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags.	41
	5. Kapitel: Entlassung.	51
Schweinitz,	1. Kapitel: Petersburg und Wien.	
	2. Kapitel: Die Abkehr von Rußland.	
	3. Kapitel: Dreikaiserbündnis und Krisenjahre.	
	4. Kapitel: War Schweinitz ein Gegner des Rückversicherungsvertrags?	
Münster,	1. Kapitel: Stellung zu Bismarcks Bündnispolitik.	
	2. Kapitel: Die Bündnissondierung vom Jahre 1879.	
	4. Kapitel: Münster als Botschafter in Paris 1885—90 (bis zu Bismarcks Entlassung).	
	Schluß	
	Anmerkungen	

Literaturverzeichnis.

1. Akten und Urkunden.

„Die Große Politik der Europäischen Kabinette" 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, Herausg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelsohn—Bartholdy, Friedrich Thimme. Berlin 1922. Bde. I—VII.

2. Darstellungen

1. Rachfahl Felix: „Deutschland und die Weltpolitik". Bd. I „Die Bismarck'sche Aera". Stuttgart 1923.
2. Rachfahl, Felix: „Bismarcks Englische Bündnispolitik". (Freiburger Rektoratsrede). Freiburg 1922.
3. Becker, Otto: „Bismarck und die Einkreisung Deutschlands".
   I Bismarcks Bündnispolitik. Berlin 1923.
   II. Das französisch-russische Bündnis. Berlin 1925.
4. Rothfels, Hans: „Bismarcks Englische Bündnispolitik". Stuttgart-Berlin-Leipzig 1924.
5. Holborn, Hayo: „Bismarcks europäische Politik zu Beginn der 70er Jahre und die Mission Radowitz". Berlin 1925.
6. Taube, Alex. v.: „Fürst Bismarck zwischen England und Rußland". Ein Beitrag zur Politik des Reichskanzlers in den Jahren v. 1871—1890. Stuttgart 1923.
7. Heller, Eduard: „Das deutsch-österreich-ungarische Bündnis in Bismarcks Außenpolitik". Berlin 1925.
8. Brauer-Marcks- v. Müller: „Erinnerungen an Bismarck". Stuttgart und Berlin 1915.
9. Wertheimer, Ed. v.: „Graf Julius Andrassy und seine Zeit". 3 Bde. Stuttgart 1910, 1913.
10. Hagen, Maxim. v.: Bismarcks Kolonialpolitik". Stuttgart 1923.
11. Fitzmaurice, Edmond George: „The Life of Granville". London New York und Bombay, 1905.
12. Gradenwitz, Otto: „Bismarcks letzter Kampf" 1888—98. Skizzen nach Akten. Berlin 1923.
13. Gradenwitz, Otto: „Akten über Bismarcks großdeutsche Rundfahrt vom Jahre 1892". Heidelberg 1922.
14. Heinz Trützschler v. Falkenstein: „Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887". Berlin 1924.
15. Platzhoff, Walter: „Bismarcks Bündnispolitik". Bonn-Leipzig 1920.

3. Memoiren.

1. Denkwürdigkeiten des Botschafters General v. Schweinitz. 2 Bde. Berlin 1927
2. Briefwechsel des Botschafters General v. Schweinitz. Berlin 1928.
3. Bismarck Otto v.: Gedanken und Erinnerungen, Cotta'sche Ausg. 3 Bde. Stuttgart 1921.

4. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen von Fürst Bismarck. 2 Bde. Stuttgart und Berlin 1901.

5. Bismarck: Die gesammelten Werke. 13 Bde. Berlin 1923 ff.

6. Waldersee: Denkwürdigkeiten. Herausg. v. Heinrich Otto Meisner, 3 Bde. Stuttgart-Berlin 1922.

7. Eckardstein, Hermann Frhr. v.: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. 3 Bde. Leipzig 1919.

8. Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Clodwig zu: Denkwürdigkeiten, 2 Bde. Stuttgart-Leipzig 1906

9. Lucius v. Ballhausen, Frhr.: Bismarck-Erinnerungen. Stuttgart und Berlin 1920.

10. Busch, Moritz: Tagebuchblätter, 3 Bde. Leipzig 1899.

11. Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria v. Radowitz. Herausg. v. Hayo Holborn. 2 Bde. Berlin und Leipzig 1925.

12. Monnypenny-Buckle: The Life of Benjamin Disraeli, earl of Beaconsfield. 6 Bde. London 1910 ff.

13. Cecil: Life of Robert Marquis of Salisbury. 2 Bde. London 1921.

4. Aufsätze.

1. Friedrich Thimme: „Aus dem Nachlasse des Botschafters v. Schweinitz". Arch. f. Pol. und Gesch. I S. 63 ff.

2. Gerhard Ritter: „Bismarcks Verhältnis zu England". Arch. f. Pol. u. Gesch. II S. 511 ff.

3. Konrad Bornhak: „Das Rätsel der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags". Arch. f. Pol. u. Gesch. II, S. 570 ff.

4. Hayo Holborn: „Die europäische Politik zu Beginn der 70er Jahre". Arch. f. Pol. und Gesch. III, S. 424 ff.

5. Karl Schünemann: „Die Stellung Oesterreich-Ungarns in Bismarcks Bündnispolitik". Arch. f. Pol. u. Gesch. VI, S. 549 ff.; VII, 2 S. 118 ff.

6. Forsch. z. Br. u. Pr. Gesch. Bd. 38; Oktober 1935.

7. Hermann Oncken: „Aus den Briefen Rudolf v. Bennigsens". Deutsche Revue. 32. Jahrg.

8. Westermanns Monatshefte 115, 1.

9. Richard Fester: „Ein Bismarckdenkmal der Novemberrevolution". Deutsche Rundschau Juni 1923.

10. Heinz Trützschler v. Falkenstein: „Kontroversen über die Politik Bismarcks im Jahre 1887". Arch. f. Pol. u. Gesch. Bd. VI, S. 276 ff.

11. A. O. Meyer: „Bismarcks Friedenspolitik". München 1930.

12. Historische Zeitschrift. Bd. 130.

13. Walter Platzhoff: „Die Anfänge des Dreikaiserbündnisses 1867—1871". Preuß. Jahrb. 188/89. Juni 1922.

Einleitung.

„Es wäre eine reizvolle Aufgabe, die Geschichte der Bismarck'schen Außenpolitik durch Einzelbiographien ihrer Organe, durch eine vergleichende Botschaftercharakteristik aufzulockern. Es würde dadurch das Bild der Ereignisse, dessen Grundlinien die amtlichen Akten dargelegt haben, nuancenreicher und innerlich lebendiger werden, wir würden den produktiven Anteil der Mitarbeiter schärfer sehen und in der Lage sein, die Schicksalsfrage von 1890, die Frage nach den Ursachen des Traditionsbruchs und der Legendenbildung von einem begründeteren Standpunkt aus aufzunehmen".[1])

So schrieb ein deutscher Historiker, als durch die Veröffentlichung der Akten des Auswärtigen Amts nicht nur das wahre Bild Bismarcks, sondern auch das seiner Mitarbeiter plötzlich in das helle Licht der Geschichte gerückt wurde. Der historischen Forschung war fast über Nacht ein weites Gebiet eröffnet worden, das zu bearbeiten eine der interessantesten Aufgaben der Forschung genannt werden kann. Aber es ist nicht nur eine „reizvolle Aufgabe", sondern auch eine der vornehmsten Pflichten der Deutschen, neben der Gestalt des Reichsgründers derer nicht zu vergessen, die ihm beim Ausbau des neugegründeten Reiches mit ganzer Kraft mitgeholfen haben. Ihr Bild erhebt sich mit plastischer Deutlichkeit aus den Dokumenten der Vorkriegszeit.

Was wußten wir von den vielen Dutzenden von Mitarbeitern Bismarcks und besonders den wichtigsten unter ihnen, den Gesandten und Botschaftern an den ausländischen Höfen? Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanzler und dem Auswärtigen Amt und zwischen Kanzler und Botschafter, diese unermeßliche Arbeit im Dienste einer großen Idee, jenes Bild, das nie erschöpfend und wirklichkeitswahr genug wird dargestellt werden können, zeigen uns diese Akten, wo wir in hunderten von Berichten und Erlassen Einblick bekommen in den Gang einer Staatsmaschine mit großen und kleinen Rädern, die alle an dem für sie bestimmten Platze die ihnen zugewiesene Arbeit verrichteten.

Bismarcks Verhältnis zu seinen Botschaftern ist wesentlich bedingt durch seinen Charakter und das überragende Ansehen, das er im In- und Auslande genoß. Da er das Selbstbewußtsein des Genies besaß, ist es ihm nie in den Sinn gekommen, die hervorragenden Leistungen eines Mitarbeiters besonders anzuerkennen. Nie war, wie alle seine Mitarbeiter übereinstimmend bestätigen, auch nur das geringste Schwanken in seinen Entscheidungen wahrzunehmen. Wohl ließ er sich einen guten Rat geben,

[1]) Rothfels im Arch. f. Pol. und Gesch. IV S. 391.

aber wenn Bismarck einen Entschluß gefaßt oder eine Entscheidung für richtig erkannt hatte, dann trug auch er allein die Verantwortung.

Neben diese Eigenschaft Bismarcks tritt ebenbürtig seine genaue Kenntnis der geschichtlichen und geographischen Verhältnisse der fremden Mächte, die wir noch heute bewundern. Frankreich und besonders Rußland kannte er aus eigener Anschauung und für England, Deutschlands „einzigen natürlichen Bundesgenossen", hatte er zeitlebens ein besonderes Interesse.

Wie gestaltete sich das amtliche Verhältnis zwischen Bismarck und seinen Botschaftern? Nach welchen Gesichtspunkten mußte sich jeder einzelne bei der Auffassung und Gestaltung seiner diplomatischen Technik orientieren? Wie stand Bismarck seinen Botschaftern persönlich gegenüber?

Bis in die neueste Zeit hat sich die Legende von dem gewalttätigen Bismarck erhalten. Wir alle kennen die Geschichte von den zitternden Geheimräten, die sich alle zu „servieren" suchten, so gut es ging. In diesem Punkte haben uns die Akten ein klares Bild ermöglicht. Hier drängt sich die Frage auf, ja war es denn überhaupt möglich, daß ein Botschafter Bismarcks sich so viel Selbständigkeit der politischen Anschauung gegenüber den Intentionen der Zentrale erwerben konnte, daß es sich der Mühe lohnt, seinen politischen Ansichten nachzuforschen? Oder waren Bismarcks Botschafter nicht einfach ausführende Organe, die dem Meister folgten? Natürlich waren sie das, aber bloße Handlanger waren sie auch nicht. Auch Bismarck ließ jedem Botschafter ein gewisses — ja oft sogar ein sehr großes — Maß von Selbständigkeit, sodaß sich jeder gemäß seiner Veranlagung entwickeln konnte. Daß aber diese Selbständigkeit nicht so groß war, daß sich aus ihr heraus schöpferische Talente entwickeln konnten, zeigt uns die erstaunliche Tatsache, daß Bismarck eigentlich keinen Schüler hinterließ, der die Kraft in sich gefühlt hätte, sein Werk fortzusetzen. Ob das nun in seiner überragenden Größe oder in dem Mangel an Talenten begründet ist, wer will das entscheiden?

Die Dokumente der Bismarck-Zeit haben uns gezeigt, daß das Verhältnis zwischen Kanzler und Botschaftern sich auf dem Boden gemeinsamen Strebens nach einem gemeinsamen Ziele aufbaute. Gegenseitiges Vertrauen war die Voraussetzung für beide Teile. Die Botschafter waren nicht — nach Bismarcks bekanntem Wort — die Unteroffiziere, die „auf Kommando" einschwenkten, sondern sie waren z. T. sehr selbständige und originelle Persönlichkeiten, die keineswegs gesonnen waren, alle Schritte des Kanzlers ohne Widerrede anzuerkennen. Vielfach mußten sie erst durch die überlegene Beweisführung Bismarcks und die sachliche Begründung seiner Intentionen überzeugt werden.

Aus dieser Tatsache erklärt es sich, daß wir die Mitarbeiter Bismarcks in 3 Gruppen einteilen können. Die größte Gruppe bilden die unbedingten Anhänger des Kanzlers, die ihn bewundern und ihm aus Ueberzeugung fast blindlings folgen; diesen gegenüber stehen die wenigen, die vieles besser wissen wollen und sich in mehr oder weniger offenen Gegensatz zu Bismarck stellen. Zwischen diesen beiden Gruppen sehen wir viele eigenwüchsige Köpfe, die den Kanzler oft stark kritisieren, aber, wenn es darauf ankommt, treu zu ihm stehen und ihm doch zuletzt immer recht geben.

In großartiger Weise hat es Bismarck verstanden, jeden Mann dorthin zu stellen, wo er sein Bestes leisten konnte. Besondere Sorgfalt verwandte er immer auf die Besetzung der Außenposten der deutschen Diplomatie, dort, wo es galt, das junge und rasch emporstrebende Deutsche Reich der großen Welt gegenüber in würdiger Weise zu vertreten.

Bismarck hielt nicht alle Botschafterposten in Europa für gleich wichtig. Wien und Petersburg schienen ihm die wichtigsten zu sein. So erzählt General v. Schweinitz nach einem Besuch bei Bismarck in Friedrichsruh im November des Jahres 1882: „Der Fürst sprach dann noch recht interessant über die verschiedenen diplomatischen Posten. Wer in London, Rom oder Paris funktioniere, sei nicht von großem Belang; denn bei diesen parlamentarischen, mehr oder weniger republikanischen Mächten handle es sich nur um Beobachtung, Berichterstattung usw., nicht um Beeinflussung. Die Persönlichkeit des Botschafters sei nur dort von größerer Wichtigkeit, wo er auf einen Regenten, auf einen Minister, kurz auf Personen, welche die Macht haben, wirken könne, besonders in Wien, St. Petersburg und etwa auch in Konstantinopel".[2])

Die Hauptgesichtspunkte, unter denen die vorliegende Untersuchung geführt wird, sind folgende: Wie verhält sich die Politik des Botschafters zu Bismarcks Politik? Hat der Botschafter vielleicht, trotz entgegengesetzter Ansicht Bismarcks Politik vertreten, oder hat er nach eigenen Grundsätzen gehandelt, die sich mit denen der Zentrale kreuzten?

Dabei soll die Fragestellung nie aus dem Auge gelassen werden: Hat der Botschafter vielleicht — bewußt oder unbewußt — sich durch die politischen Belange und Interessen des Landes, bei dem er beglaubigt war, dahin beeinflussen lassen, daß er in gewissen Fragen die Politik dieses Landes vertrat?

Richard Fester nennt die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes, deren erste sechs Bände wir als Hauptquelle herange-

[2]) Schweinitz: „Denkwürdigkeiten" II S. 216 f. (zit. D.)

zogen haben, ein „Bismarckdenkmal der Novemberrevolution“.[3]) Gewaltig steht dieses Denkmal des „eisernen Kanzlers“ vor uns, und wenn wir es genauer betrachten, erheben sich aus seinem Sockel hunderte von Gestalten. Sie alle stehen im Schatten des Titanen; keine reicht ihm bis an die Schulter. In ihren Reihen stehen auch die Botschafter des Kanzlers; nicht alle erreichen die gleiche Höhe. Doch trug jeder seinen Teil dazu bei, um das große Ziel zu erreichen, das sich Bismarck gesteckt hatte. Unter den Botschaftern sehen wir auch Prinz Reuß, General v. Schweinitz und Graf Münster. Den Weg, den sie mit Bismarck gegangen, noch einmal zu gehen und immer zu fragen, wie sie den Willen Bismarcks ausgeführt und wie sie sich überhaupt zu ihm eingestellt haben, soll die Aufgabe dieser Untersuchung sein.

[3]) Deutsche Rundschau, Juni 1923.

Prinz Reuß

1. Kapitel:

Gesandter in Petersburg 1867—1876.

Wenn ein Botschafter Bismarcks es verdient, in seinem Verhältnis zum Kanzler eingehender gewürdigt zu werden, so ist es zweifellos unser langjähriger Botschafter in Wien, Prinz Heinrich VII. Reuß, der auf dem, nach Bismarcks Auffassung — neben Petersburg — wichtigsten Posten der deutschen Diplomatie in den entscheidenden Jahren der Bismarck'schen Aera das deutsche Interesse zu vertreten hatte. Schon die Tatsache allein, daß er den Zweibundvertrag des Jahres 1879 im Namen des Deutschen Reiches unterzeichnete, würde genügen, um eine Untersuchung und Darstellung seiner politischen Tätigkeit im Vergleich zu Bismarcks Politik zu rechtfertigen. Denn es muß uns durchaus zweifelhaft erscheinen, ob Reuß, der Verwandte des Zarenhofes und der Neffe des deutschen Kaisers, persönlich mit diesem unter den schwersten Kämpfen zustandegekommenen Vertrag einverstanden war, den er mit seinem Namen sanktionierte.

Vor dem Erscheinen der Akten des Auswärtigen Amtes[1]) war uns die Persönlichkeit des Prinzen nicht mehr ganz unbekannt. Aus den „Gedanken und Erinnerungen" kennen wir das persönliche Verhältnis zwischen Kanzler und Botschafter bis zum Jahre 1875. Es gründete sich auf der Hochachtung Bismarcks von den Eigenschaften des schon damals langjährigen Mitarbeiters. Plehn wußte — was leicht verständlich ist — wenig über den Wiener Botschafter. Dagegen ließ das Werk Eduard Wertheimers über Graf Julius Andrassy[2]) manches erwarten.

Als die Akten erschienen, wurden wir nicht enttäuscht. Alle Forscher, die sich in jüngster Zeit mit der Geschichte des „Neuen Deutschen Kaiserreiches" beschäftigten, stimmen darin überein, daß **Prinz Reuß einer der hochbefähigtsten Mitarbeiter** Bismarcks und ein **durchaus zuverlässiger Berichterstatter** war.

---

[1]) Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes (Berlin 1922), Bd. I—VII.

[2]) Wertheimer, Ed. v.: „Graf Julius Andrassy und seine Zeit". 3 Bde. (Stuttgart 1910, 1913).

Diese Tatsache legt es nahe, die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kanzler und Botschafter einmal im Zusammenhang zu untersuchen und zu fragen, ob Prinz Reuß tatsächlich in allen entscheidenden Fragen, besonders an den Wendepunkten der deutschen Politik, wenn es galt, schwerwiegende Entscheidungen zu treffen, immer die Auffassung Bismarcks gutgeheißen und, wenn dies nicht der Fall war, ob er sie dennoch vertreten hat.

Wie stellte sich Prinz Reuß zu der „Option" Bismarcks für Oesterreich gegen Rußland? War er mit dem Abschluß eines Vertrags mit Italien und Rumänien einverstanden? Sah dieser Botschafter die Schwächen Oesterreichs und die damit verbundenen Gefahren für Deutschland? Billigte er die Bestrebungen Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan? Hielt er es für berechtigt, daß Oesterreich seinen Einfluß in Bulgarien zu wahren suchte? Solche u. ä. Fragen drängen sich sofort in großer Fülle auf, wenn wir nach dem Verhältnis der politischen Anschauungen des Kanzlers und des Botschafters fragen, und dieser gibt uns auf alle diese Fragen selbst in zahlreichen Berichten Auskunft, die seine Sachkenntnis und seinen Anteil an Bismarcks Friedenspolitik deutlich hervorheben.

Prinz Reuß begann seine diplomatische Laufbahn im Jahre 1853 als Attaché bei der Preußischen Gesandtschaft in Wien. Zwei Jahre später wurde er nach Paris versetzt, wo er bald zum ersten Sekretär und Legationsrat aufrückte. Zwischendurch arbeitete er an der Preußischen Gesandtschaft am Bundestag in Frankfurt a. M. Aus dieser Zeit stammte seine Bekanntschaft mit dem damaligen preußischen Gesandten am Bundestag, Otto v. Bismarck. 1862 arbeiteten beide wieder in Paris zusammen. Kurz nachdem Bismarck sein Amt als Ministerpräsident von Preußen angetreten hatte, wurde Prinz Reuß neben andern Diplomaten für die Gesandtenposten in Konstantinopel und Stockholm in Aussicht genommen.[3]) Statt dessen kam im Jahre 1863 der Legationsrat in Paris, — der am französischen Hof ein oft und gern gesehener Gast war — als preußischer Gesandter an den Hof des Kurfürsten von Hessen nach Kassel. Schon ein Jahr später wurde er in gleicher Eigenschaft nach München versetzt, wo Maximilian II. eben gestorben war und Königin Maria, eine geb. Prinzessin v. Preußen, die Regentschaft für den minderjährigen König Ludwig II. führte.

Als an dem Ausbruch des Krieges von 1866 nicht mehr zu zweifeln war, reiste der Prinz nach Berlin in das Hauptquartier des Königs ab. Den Krieg machte er im Gefolge König Wil-

[3]) Anhang zu den Ged. u. Er. v. Fürst Bismarck, Bd. 1 S. 37/38.

helms mit. Als durch die Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli der Krieg zu Gunsten der Preußen entschieden war, wurde die französische Presse unruhig, und es war eine Intervention Napoleons zu befürchten, der sich wahrscheinlich auch der Zar angeschlossen hatte. Um dies zu verhindern, berief Bismarck Prinz Reuß in das Hauptquartier nach Pardubitz und hatte hier, — auf der provisorisch angelegten Schiffsbrücke — ein langes politisches Zwiegespräch mit ihm, in dessen Verfolg Reuß in Sondermission nach Paris gesandt wurde, wo er in langen Unterhandlungen dazu beitrug, daß Kaiser Napoleon ruhig blieb.[4]) In Nikolsburg stieß Prinz Reuß wieder zum Hauptquartier, um nach erfolgtem Friedensschluß wieder nach München zurückzukehren. Doch schon im nächsten Jahre berief ihn das Vertrauen des nunmehrigen Bundeskanzlers auf einen der wichtigsten und in den nächsten Jahren entscheidenden Außenposten der deutschen Diplomatie, nach Petersburg.

Bei der Untersuchung der politischen Tätigkeit des Prinzen Reuß, die hier im Zeichen der „Großen Politik", an einem der verantwortungsvollsten Posten einsetzt, müssen wir von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen. Der neue Gesandte in Petersburg hatte, wie gesagt, schon in jungen Jahren unter der Leitung Bismarcks in Frankfurt und Paris gearbeitet und war somit in die Technik des Kanzlers eingeweiht, ebenso wie er ihm persönlich nahegetreten war. Durch seine Geburt und seine Beziehungen stand Prinz Reuß von Jugend an in engem Verhältnis zum preußischen Hof. Außerdem erfolgte im Jahre 1876 seine verwandtschaftliche Bindung an das Herrscherhaus durch seine Heirat mit Maria, der Tochter Karl Alexanders v. Sachsen-Weimar. Diese war, wie ihr Vater, zeitlebens eine überzeugte Verehrerin Bismarcks. Durch seine Heirat wurde Prinz Reuß ein Neffe des deutschen Kaisers. Aus dieser Stellung heraus müssen wir sein Verhältnis zu Bismarck zu verstehen suchen.

Die Hauptaufgabe eines deutschen Botschafters in Petersburg in diesen Jahren war, so gut es ging, die Freundschaft zwischen dem preußischen und dem russischen Hof zu pflegen. Durch diese seit den Freiheitskriegen bestehende Freundschaft zwischen den Herrscherhäusern war der Botschafterposten in Petersburg ein Vertrauensposten geworden.

Es ist keine Frage, daß Prinz Reuß die Pflege dieser Freundschaft, ohne die eine Einigung Deutschlands kaum denkbar war und die deshalb für Bismarck eine äußerste Notwendigkeit bedeutete, von Anfang an aus Ueberzeugung anerkannte. Seine Aufgabe sah er darin, zu erreichen, daß Rußland ebenso wie Frankreich in diesen Jahren ruhig blieb. Der Erfolg, der den Einigungsbestrebungen

[4]) Oncken, Herm.: „Die Rheinpolitik Kaiser Nap. III usw." 3 Bde.

Bismarcks beschieden war, war auch ein Erfolg des Petersburger Botschafters. Alexander II. war nicht nur neutral geblieben, sondern er hatte sogar versprochen, 300 000 Mann an der Grenze bereitzuhalten, falls Oesterreich Miene mache, sich in einen deutsch-französischen Krieg einzumischen[5]).

Prinz Reuß war durch dieses Versprechen „frappiert", und er ging deshalb nicht näher darauf ein. Bismarck dagegen war sehr befriedigt. Ihn frappierten die Aeußerungen des Zaren keineswegs. Er würde, wie er Reuß schrieb, geantwortet haben, daß diese Gesinnung, die der Zar in seinen Worten zum Ausdruck gebracht habe, von König Wilhelm vollständig geteilt würde.[6]) Die Anlehnung an Rußland bot dem Norddeutschen Bunde die Möglichkeit, die Einigung Deutschlands trotz aller Widerstände von außen glücklich durchzuführen. Ebensowenig teilte Bismarck die Befürchtung des Botschafters, daß Rußland vielleicht gegen den Willen des Zaren in einen Krieg gegen den Orient hineingezogen werden könne und dann die Hilfe Preußens beanspruchen werde.[7])

Die Neutralität Rußlands im deutsch-französischen Kriege erkannte Bismarck dankbar an, und er war deshalb sofort bereit, Gortschakow diplomatisch zu unterstützen, als dieser im Laufe eines Gesprächs mit dem deutschen Botschafter am 8. September 1870 neben anderen Wünschen betreffs einer Revision des Pariser Friedens von 1856 die Absicht aussprach, in einer einfachen Erklärung den Mächten die Aufhebung der für Rußland verletzenden Pontusklausel mitzuteilen. Der deutsche Botschafter befürwortete diese Absicht der Russen. Er glaubte, daß Rußland zufrieden sein werde, wenn es wieder eine Flotte auf dem Schwarzen Meer halten dürfe, und wenn das Gefühl der Erniedrigung, das seit der Zeit des Pariser Friedens von 1856 auf dem Volke laste, ausgelöscht werde. Einen Kongreß hält er für unnötig. Er ist der Ansicht, daß, wenn Rußland von Preußen unterstützt werde, von keiner Seite ernstlicher Widerspruch zu erwarten sei. Darin täuschte er sich nun allerdings; aber sein Vorgehen in dieser Frage zeigt uns deutlich, daß er sich aus Ueberzeugung auf den Boden der Tatsachen stellt. Auch der Bruch einer Friedensbestimmung, wenn diese durch die Entwicklung überholt ist, erscheint ihm vollauf berechtigt. „Die Zeiten und Ansichten haben sich sehr geändert".[8]) In diesen Worten liegt die Begründung für seine Haltung in dieser Frage.

---

[5]) Ueber das Verhältnis zwischen Zar Alexander II. und Prinz Reuß s. Bismarck, Ges. Werke, Bd. VIII. S. 98.

[6]) Reuß an Bismarck. 5. 2. 1868. Preuß. Jahrb. Bd. 188 S. 292.

[7]) Walter Platzhoff: „Die Anfänge des Dreikaiserbündnisses 1867—71". Preuß. Jahrb. 188/189, 1922, S. 292 ff.

[8]) „Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914" (zit. Vorkriegsakten (V. K. A.), Bd. II, S. 3 ff.

Schon während des Krieges begannen die Bemühungen Bismarcks um das spätere Dreikaiserabkommen. Die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien waren bald soweit gediehen, daß ein Besuch Kaiser Franz Josefs in Berlin geplant war, als am 15. Juli 1872 der Zar während einer Flottenrevue ganz unvermittelt den deutschen Botschafter fragte, ob man ihn nicht gleichzeitig mit Franz Josef in Berlin haben wolle. Prinz Reuß ist der Ansicht, daß der Zar mit dieser Bemerkung seinen Wunsch andeuten wollte, nach Berlin zu kommen.[9]) Eine Verständigung zwischen den drei Kaiserhöfen lag ganz offensichtlich auch in seinem Sinne. Dadurch, daß Prinz Reuß die Anregung des Zaren in seinem Sinne auslegte, erwarb er sich das Verdienst, zum Abschluß dieses Abkommens beigetragen zu haben.

Aus den Akten dieser Jahre geht einwandfrei hervor, daß Reuß **jederzeit ein warmer Fürsprecher der deutsch-russischen Freundschaft war.** Daß diese für den Frieden Europas so notwendige Freundschaft eine feste Form annahm, dafür sorgte er, indem er den Wert des Dreikaiserabkommens in Berlin dringend empfahl. Bismarck war vollkommen damit einverstanden.

Seine Ansicht über den Wert der Militärkonvention zwischen Deutschland und Rußland und das Dreikaiserabkommen hinsichtlich eines drohenden Krieges gegen Frankreich legte Prinz Reuß in einem Berichte vom 12. Januar 1874 nieder.[10]) Ob er einen Praeventivkrieg gegen Frankreich gebilligt hätte, geht daraus nicht hervor. Bismarck jedoch, der von der Richtigkeit der Ansichten des Prinzen überzeugt war, weist einen solchen entschlossen von sich und überläßt es dem Botschafter, sich seine eigene Ansicht darüber zu bilden, ob eine schnelle Erstarkung Frankreichs im Interesse Deutschlands liege. Bismarck vertritt den deutschen Standpunkt und schreibt: „Der Fürst Gortschakow treibt russische Machtpolitik, wir verfolgen keine Macht- sondern eine Sicherheitspolitik".[11]) In diesen Worten lag eine Instruktion an den Botschafter, die er in den nächsten zwei Jahrzehnten zwischen den Zeilen eines jeden Erlasses lesen konnte.

Prinz Reuß war im März 1875 von seinem Krankheitsurlaub, während dessen ihn Radowitz vertreten hatte, nach Petersburg zurückgekehrt. Hier war seine Anwesenheit wegen der beginnenden „Krieg in Sicht?" — Krise sehr notwendig geworden. Die erste amtliche Nachricht erhielt Reuß am 15. Mai durch einen Erlaß des Staatssekretärs v. Bülow, worin dieser seine Befriedigung darüber ausspricht, daß der Zar Alexander und Gortschakow, die

[9]) ebenda I, S. 197 ff.
[10]) ebenda I, S. 234.
[11]) ebenda I, S. 240.

gerade in Berlin weilten, sich von der Friedfertigkeit Deutschlands überzeugt hätten.

Reuß ist der Ansicht, daß die ganze Aufregung von England ausgegangen sei und daß Gortschakow sich gar zu gern den Anschein gegeben hätte, „eine wohlfeile Friedensvermittlerrolle zu spielen".[12]) Daß England der Urheber der ganzen Aktion war, ist nun allerdings nicht richtig; wie hätte auch Prinz Reuß von Petersburg aus die Ursachen dieser Krise erkennen können, die erst neuerdings aufgehellt wurden. Dagegen ist sein Urteil über Gortschakow ganz treffend. Er kannte, ebenso wie Bismarck, den russischen Kanzler genau.

Ueber das französisch-russische Verhältnis im Jahre 1874 urteilte Prinz Reuß vollkommen richtig. Er glaubte bestimmt, daß Frankreich Anknüpfungsversuche in Rußland machte; denn er kannte die Technik, mit der die französischen Politiker arbeiteten, aus eigener Erfahrung. Ebenso bestimmt rechnete er aber damit, daß diese Versuche — mochten sie auch hin und wieder sogar im russischen Auswärtigen Amte gern gesehen werden — doch zu verfrüht seien, um wirklich Aussicht auf Erfolg haben zu können. Frankreich, so glaubte er, werde in Rußland nur als notwendiges Uebel betrachtet, da ein Staat von dieser Größe nicht „wegzudisputieren" sei.[13])

Mit dieser Ansicht stand der Botschafter vollkommen auf Bismarcks Seite. Denn auch dieser glaubte an die Möglichkeit einer russisch-französischen Annäherung, weshalb man in Berlin die Beziehungen dieser beiden Staaten mit Mißtrauen beobachtete. In diesem Sinne ging die Weisung an den Botschafter nach Petersburg, ein wachsames Auge auf die Beziehungen dieser Nachbarn Deutschlands zu haben. Prinz Reuß sah nach wie vor seine Aufgabe darin, in jeder Beziehung Bismarcks Bemühungen um Rußland zu unterstützen. Es war ihm vollkommen ernst, als er im März 1875 an den Kanzler schrieb: „Ich habe dem Grafen Schuwalo gedankt, daß er .... mich in meinem Bestreben unterstützt hat, alle evtl. kleinen Verstimmungen zu beseitigen", und Bismarck war recht dankbar für sein „Bemühen, etwaige Mißverständnisse aufzuklären".[14])

Zur Zeit der englisch-russischen Spannung scheint Prinz Reuß seine Instruktion einmal überschritten zu haben, indem er, trotz der Anweisung Bismarcks, dieses Thema vorläufig nicht mehr zu berühren, den Zaren darauf hinwies, „daß doch auch das russische Verhalten Schuld an der zwischen England und Rußland obwalten-

[12]) ebenda I, S. 297.
[13]) Reuß an Bism. 11. Febr. 1874. Holborn S. 19 ff.
[14]) H. Z. Bd. 130, S. 262.

den Mißstimmung hätte, daß sich aber bei gutem Willen Mittel und Wege würden finden lassen, um eine Einigung herbeizuführen". Hier hatte der gerecht denkende, sittliche Mensch gesprochen, der das Verhalten Rußlands, das immer gewohnt war, die Schuld andern zuzuschieben, mißbilligte. Obgleich Prinz Reuß in diesem Falle auf eigene Verantwortung handelte, anerkannte Bismarck das Verhalten des Botschafters.[15])

Interessant ist auch die Auffassung des Botschafters über die Bedeutung Englands nach der Reichsgründung. Unbefangen gegenüber den ihn umgebenden englandfeindlichen Einflüssen erkannte er den Wert des guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England. Kurz vor der „Krieg in Sicht?"-Krise suchte er dem Zaren klar zu machen, daß Deutschland sich durch ein gutes Verhältnis mit England seinen Freunden nützlicher machen könne, als wenn es die englischen Freundschaftsbezeugungen einfach von der Hand weise. Außerdem liege es nicht im Interesse Deutschlands, durch eine schroffe Haltung das isolierte England in die Arme Frankreichs zu treiben; denn eine englisch-französische Allianz werde auch Rußland nicht angenehm sein.[16])

Wenn wir die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zusammenfassen, dann ist eine Antwort auf die Frage nach der Stellung des Botschafters zu der deutschen d. h. Bismarcks Politik nach der Reichsgründung nicht mehr schwer. **Oberster Grundsatz war für ihn die Pflege der Freundschaft mit Rußland.** Damit zusammen hing das **Entgegenkommen gegenüber Oesterreich,** um eine Versöhnung mit dem Kriegsgegner von 1866 zu ermöglichen. Eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich mußte im Interesse Deutschlands unbedingt verhindert werden; andererseits konnte nach der Ansicht des Botschafters ein **gutes Verhältnis zwischen Deutschland, England und Rußland** für alle Teile nur **nützlich** sein.

Im Jahre 1876 nahm Prinz Reuß seine Entlassung. Diese war durch seine Heirat notwendig geworden; denn als naher Verwandter des Zaren konnte er nicht länger Botschafter in Petersburg sein. Auf einen Brief Kaiser Wilhelms an Bismarck, in dem er die bevorstehende Verlobung anzeigt, gibt der Kanzler die Antwort: „Die Nachschrift in betreff des Botschafters in Petersburg hat mich überrascht und .... ich muß befürchten, daß wir ihn für den Dienst verlieren werden. Er wird dort schwer zu ersetzen sein. Von seinem Charakter habe ich eine sehr gute Meinung. Ich kenne ihn seit reichlich 20 Jahren und habe niemals andere, als durchaus ehrenhafte Gesinnungen, Handlungen und Regungen an ihm wahrgenommen".[17])

[15]) Holborn S. 37 Anm. 4.
[16]) Reuß an Bism. 14. 3. 1875. Holborn S. 41.
[17]) Anhang zu den Ged. u. Er. v. Fürst Bism. I, S. 261 ff.

Wenn man aus diesen Worten Bismarcks einen Schluß auf die Art der bisherigen politischen Tätigkeit des Botschafters ziehen will, so wird man behaupten können: die Politik, die Prinz Heinrich Reuß in Petersburg vertrat, **stand vollkommen im Einklang mit Bismarcks Absichten und Bestrebungen.** Für die Beantwortung der Frage nach rußlandfreundlichen Gesichtspunkten in der Politik des Botschafters finden sich zu wenig Anhaltspunkte, um sie einwandfrei beantworten zu können. Jedenfalls haben wir keinen Grund, anzunehmen, daß Prinz Reuß in den 9 Jahren seiner Tätigkeit in Petersburg die russische Politik in besonderer Weise begünstigte.

Vielmehr hatte er sich als hochbefähigter Diplomat erwiesen, den Bismarck als Nachfolger des Generals v. Schweinitz in Wien in Aussicht nahm. Der Botschafterposten in Wien war Ende der 70er Jahre der wichtigste Außenposten der deutschen Diplomatie; denn hier wollte Bismarck den Grundstein für seine europäische „Friedensliga" legen.

Aus diesem Grunde konnte sich Bismarck in Wien natürlich nur durch einen Botschafter vertreten lassen, der ihm unbedingt ergeben war und seine politischen Absichten vollkommen billigte. Der Wechsel der Botschafter war also schon ein deutliches Zeichen für Bismarcks Absichten. Prinz Reuß war als Botschafter in Petersburg in die geheimsten Absichten der deutschen Politik eingeweiht worden und hatte dort eine ganz besonders bevorzugte Stellung eingenommen. Bekanntlich wurde er neben Alexander v. Battenberg und Prinz Waldemar v. Dänemark vom Zaren als Kandidat für den bulgarischen Thron präsentiert.[18]) Nun war er für den Posten in Wien in Aussicht genommen. Aber — **Andrassy lehnt ihn ab.** Wie kam das? Wie konnte Andrassy den Neffen des deutschen Kaisers als Botschafter ablehnen? Die Befürchtungen, daß sich aus der Stellung der Botschafterin, — die ja die Tochter eines regierenden souveränen Fürsten war —, Rangstreitigkeiten ergeben könnten, konnten nicht stichhaltig sein. Der wahre Grund war der, daß Andrassy fürchtete, ein Botschafter, der längere Zeit in Petersburg war, könnte allzusehr von der Allmacht Rußlands durchdrungen und unfähig zu einer unbefangenen Auffassung der Verhältnisse der Monarchie sein.[19]) Unter diesen Umständen gab es Bismarck auf, den Prinzen nach Wien zu schicken.

So kam Prinz Reuß, — trotz des russischen Protestes nach Konstantinopel, um dort während des russisch-türkischen Krieges und solange der Berliner Kongreß tagte, die deutschen Interessen zu vertreten. Diese Aufgabe löste er ganz im Sinne Bismarcks.

[18]) Nachfahl S. 255.
[19]) Wertheimer, II, S. 291, Anm., S. 292.

Dem Herzog v. Edinburg sagte er unzweideutig, Deutschland habe in der Türkei wenig Interessen und mische sich also auch nicht in englisch-russische Streitigkeiten ein.[20]) Wie die deutsche Regierung, so verurteilte auch der Botschafter die türkische Politik, die in der Hoffnung auf ein Eingreifen Englands sich weigerte, in Verhandlungen mit Rußland einzutreten.

Anfangs Juli glaubte Prinz Reuß, daß es Zeit sei, daß etwas Vorteilhaftes für die Russen geschehe, sonst verwickle sich die Sache immer mehr. Er gönnte den Russen einen Denkzettel für ihren Hochmut, war aber doch von der Notwendigkeit eines russischen Sieges überzeugt. „Daß die Russen so schwach wären, hätte ich doch nicht gedacht. Nun sind sie genug gedemütigt, sonst werden die Türken zu übermütig."

Mit sicherem Kennerblick urteilt Reuß über den Stand der orientalischen Frage. „Mit der berühmten Lösung der orientalischen Frage wird es aber wieder für längere Zeit Essig sein.[21]) Damit hatte der Botschafter zweifellos recht.

2. Kapitel:

Stellung zu Bismarcks Bündnissystem.

Die Befürchtungen, die Andrassy gegen Prinz Reuß gehegt hatte, als dieser im Jahre 1876 von Bismarck als deutscher Vertreter in Wien in Aussicht genommen wurde, hatten sich als grundlos erwiesen. Es hatte sich gezeigt, daß Reuß, solange er Botschafter in Konstantinopel war, weit davon entfernt war, als einseitiger Fürsprecher russischer Interessen aufzutreten. Somit stand seiner Ernennung als Botschafter in Wien nichts mehr im Wege. Im Herbst des Jahres 1878 übernahm Prinz Reuß anstelle des hervorragenden Grafen Stolberg—Wernigerode die Geschäfte.

Die „Krieg in Sicht?"-Krise war eine schwere Belastungsprobe für das Dreikaiserabkommen gewesen. Am Frieden von St. Stefano war es zerbrochen. Der Bericht des Petersburger Botschafters General v. Schweinitz, vom 8. August 1879[1]) hatte dem Kanzler die Notwendigkeit einer vertragsmäßigen Bindung deutlich vor Augen geführt. Oesterreich bot die einzige Möglichkeit.

---

[20]) V. K. A. II, S. 158; S. 163.
[21]) Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters v. Radowitz I, S. 270; II, S. 1 ff.
[1]) V. K. A. III, S. 9 ff.

Um die Stellung des Prinzen Reuß zu dem noch im Herbst desselben Jahres abgeschlossenen Bündnis mit Oesterreich zu verstehen, müssen wir zuerst die Frage beantworten, wie stellte sich Bismarck die „Option" für Oesterreich, besonders im Hinblick auf Rußland, vor?

Auch heute noch ist man sich keineswegs klar über den Wert des Zweibundvertrags im Rahmen des Bismarck'schen Bündnissystems. Bedeutete dieser Vertrag grundsätzlich das Ende der preußisch-russischen Freundschaft,[2]) oder war er nur „eine der möglichen konkreten Formen der Verwirklichung Mitteleuropas"?[3])

Wenn man die Erlasse Bismarcks an seinen Wiener Botschafter unvoreingenommen liest, wird man sich schwerlich für eine dieser Auffassungen entscheiden können. Ganz abzulehnen ist die Ansicht, daß der vertragsmäßige Anschluß Deutschlands an Oesterreich-Ungarn die Ursache für die Konstellation der Mächte gewesen sei, die den Weltkrieg gegen die Mittelmächte führten.[4])

Ein Blick auf die Grundlinien der Bismarck'schen Politik zeigt deutlich, daß er nie versucht hat, eine Macht vollständig fallen zu lassen. So hat er sich auch nie einseitig für Oesterreich-Ungarn gegen Rußland entschieden, sondern stets seine Stellung auf der Diagonale zwischen Petersburg und Wien eingenommen.[5]) Der Zweibund bedeutete demnach kein Programm, sondern lediglich eine strategische Stellungnahme.

Wenn wir die Haltung, die Rußland seit der „Krieg in Sicht"?-Krise des Jahres 1875 und besonders seit den Tagen des Berliner Kongresses gegen Deutschland einnahm, näher ins Auge fassen und dabei noch die Tatsache berücksichtigten, daß sich Bismarck durch den Drohbrief Alexanders II. an Kaiser Wilhelm I., den sogenannten „Ohrfeigenbrief", persönlich angegriffen fühlen mußte, dann kann uns keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der Zweibund gerade auch den Zweck verfolgte, eine Spitze gegen Rußland zu bilden, aber nicht zu dem Zwecke, um es abzustoßen, sondern im Gegenteil, um es wieder näher an uns heranzubringen. Verschiedene Momente wirkten zusammen, politische und persönliche, neben der Hoffnung Bismarcks, in Oesterreich einen zuverlässigen Bundesgenossen zu finden und gleichzeitig in Rußland einen solchen wiederzugewinnen, besonders die Besorgnis des Kanzlers, daß Andrassy den Dienst quittieren würde, bevor ein Bündnis zustande kam.

---

[2]) Rachfahl, S. 306.
[3]) Heller: „Das deutsch-österreich-ungarische Bündnis in Bismarcks Außenpolitik", S. 57.
[4]) Friedrich Naumann: „Mitteleuropa" S. 54.
[5]) Walter Platzhoff: „Bismarcks Bündnispolitik", S. 13.

War der Wiener Botschafter mit dieser strategischen Stellungnahme einverstanden?

Mit äußerster Energie ging Bismarck sofort daran, seinen Entschluß zu verwirklichen. Die Unterredung mit Andrassy in Gastein war zu seiner Zufriedenheit ausgefallen. Am 12. September ging der entscheidende Erlaß an den Botschafter in Wien.[6]) Wir haben oben gesehen, wie Prinz Reuß in Petersburg als geschickter und überzeugter Fürsprecher freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland aufgetreten war. Alexander II. hatte ihm immer unbedingtes Vertrauen entgegengebracht. Trotzdem war Prinz Reuß nicht blind gegenüber dem wahren Charakter der Russen. Besonders der Hochmut Gortschakows war ihm — wie Bismarck — überaus unsympatisch. Das Verhältnis zwischen dem Botschafter und Andrassy hatte sich sehr bald freundschaftlich gestaltet. Das Mißtrauen Andrassys gegen den nach seiner Ansicht vielleicht zu russenfreundlichen Vertreter Deutschlands war in kurzer Zeit einem ehrlichen Vertrauen zu dem wahren Charakter des Prinzen gewichen. In den Kämpfen, die Andrassy in den letzten Jahren seiner Tätigkeit als österreichischer Außenminister gegen die Opposition, die seine Entlassung forderte, auszufechten hatte, stand Reuß meist auf der Seite des Ministers gegen die altkonservative regierungsfeindliche Partei.[7]) So verteidigte er selbst ein Argument der Liberalen, indem er die durch die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina bewirkte Verstärkung des slavischen Elements nach wie vor als einen schwer zu verdauenden Bissen für die Ungarn bezeichnet.[8])

Ueberhaupt sah Reuß die Gefahr für Oesterreich, und damit auch für das verbündete Deutschland, ganz deutlich, die darin lag, daß das deutsche Element immer weiter zurückgedrängt wurde. Die Stellung des Kaisers zu seinem Minister beurteilte Prinz Reuß ganz richtig, wenn er an Bismarck schreibt: „Ich beschränke mich darauf, die Tatsachen zu melden und erlaube mir, nur zu bemerken, daß es mir persönlich nicht wahrscheinlich ist, daß sich der Kaiser von seinem Minister trennen wird".[9]) Tatsächlich ging auch die Anregung zu der Trennung von Andrassy aus. In der grundsätzlichen Auffassung des Verhältnisses zwischen den Nachbarreichen waren sich Bismarck, Andrassy und Reuß vollkommen einig. Diese Einigkeit war auch in den Verhandlungen der nächsten Monate durchaus notwendig. Die Erlasse des Kanzlers an den Botschafter sind ganz eindeutig. Bismarck betonte besonders den defensiven Charakter des geplanten Bündnisses. Der Zweck des Vertrags lag in der Erhaltung des Friedens.

---

[6]) V. K. A. III, S. 68 ff.
[7]) Reuß an Bism. 13. 8. 1878. Arch. f. Pol. u. Gesch. VI, S. 560
[8]) Wertheimer III, S. 200.
[9]) Arch. f. Pol. u. Gesch. VI, S. 560.

Prinz Reuß verhandelte auf der Grundlage des Erlasses vom 12. September mit Andrassy. Die ganze Aktion sollte zunächst geheim bleiben. Bald wurde es dem Botschafter klar, daß in Wien die Betonung des defensiven Charakters des Bündnisses nicht sehr ernst genommen wurde. Aber Bismarck hatte nach seiner Unterredung mit Andrassy geschrieben: „Wir waren dahin einig, nach wie vor beiderseits unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland eifrig zu pflegen ..., aber uns gegenseitig zuzusagen, daß wir einander beistehen wollen, wenn Rußland den Frieden gegen einen von uns bricht".[10])

Der Botschafter war, wie aus seiner Handlungsweise einwandfrei hervorgeht, mit dieser Grundidee, auf der sich der Vertrag aufbauen sollte, vollkommen einverstanden. Keinen Augenblick dachte er daran, daß es im Interesse Deutschlands liegen könne, von sich aus alle Brücken nach Rußland abzubrechen.

Bismarck legte den größten Wert auf das Zustandekommen eines Abkommens mit Oesterreich. Bei der Schwierigkeit, den Kaiser für seine Absichten zu gewinnen, vertraute er vollkommen auf den Takt und die diplomatische Klugheit des Botschafters in Wien. Dieser kam bald in eine Klemme. Auf der einen Seite verlangte Bismarck, unter dem Druck, den der Kaiser auf ihn ausübte, ein generelles Defensivbündnis, ohne Rußland zu nennen; auf der andern Seite verfolgte der österreichische Außenminister mit dem Vertrag eine Tendenz gegen Rußland.

Eine solche lag nach der Ansicht des Botschafters durchaus nicht im Sinne Bismarcks. Damit hatte er vollkommen recht. Der Vertrag sollte in keiner Weise eine Stellungnahme gegen Rußland bedeuten, sondern er sollte lediglich eine Rückversicherung sein, um Rußland zu hindern, sich einer deutschfeindlichen Macht anzuschließen.

Der Bericht des Botschafters vom 19. September zeigt, daß Andrassy in allen wesentlichen Punkten mit Bismarck übereinstimmte.[11]) Die einzige Meinungsverschiedenheit bestand in der Frage, ob Rußland in dem Bündnisvertrag genannt werden sollte oder nicht. Andrassy setzte es schließlich durch, daß Rußland genannt wurde. Es war offenbar dem Prinzen Reuß gelungen, den österreichischen Minister in allen andern Fragen von der Bismarck'schen Auffassung zu überzeugen. Bismarck erklärte sich damit einverstanden, daß das Bündnis geheimbleiben sollte. So kam der Vertrag nach langen und schweren Kämpfen zustande. Wie hatte sich, um ein zusammenfassendes Urteil zu gewinnen, der

[10]) V. K. A. III, S. 69.
[11]) ebenda S. 89 ff.

Botschafter zu Bismarck gestellt? Hatte er ihn aus Ueberzeugung unterstützt, oder hatte er sich nur aus Pflichtgefühl den Anordnungen des Kanzlers gefügt?

Wir wissen, daß neben Kaiser Wilhelm die deutschen Botschafter in Petersburg und London in dieser Frage in vollkommenem Gegensatz zu Bismarck standen. Es würde uns deshalb verständlich erscheinen, wenn Prinz Reuß, der Verwandte des Zarenhofes und der Neffe des Kaisers, dieser Politik Bismarcks seine Anerkennung versagt hätte.

Aber wir suchen vergebens nach einem Gedanken des Prinzen, der an diesem Wendepunkt der auswärtigen Politik Bismarcks in irgend einer Weise an den Entschlüssen des Kanzlers Kritik geübt hätte.

Hier hätte der Botschafter Gelegenheit gehabt, sich zwischen dem Kaiser und Bismarck zu entscheiden. Der anfängliche Widerstand des Kaisers gegen einen Vertrag gegen Rußland und eine enge Bindung an Oesterreich wäre zweifellos stark genug gewesen, um im Falle einer Meinungsverschiedenheit dem Botschafter gegenüber Bismarck den Rücken zu stärken. Aber Prinz Reuß dachte nicht daran. Vielmehr schien er dem Kanzler für seine schwierige Aufgabe in Wien ganz besonders geeignet zu sein; denn, als die Verhandlungen an dem Widerstand des Kaisers zu scheitern drohten, ersuchte Bismarck den Botschafter, in Wien zu versuchen, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, der dem deutschen Kaiser die Annahme des Bündnisentwurfs erheblich erschwerte.[12])

Bismarck machte keinen Vorschlag, sondern überließ es dem Botschafter, mit Andrassy über einen Ausweg zu verhandeln. Daß die Bemühungen des Prinzen von Erfolg gekrönt waren, zeigt sein Bericht vom 18. September, in dem er das Einverständnis Andrassys mit allen Artikeln des Vertragsentwurfs mitteilen konnte.

Es war sicherlich nicht zuletzt der geschickten Hand des deutschen Botschafters zu verdanken, wenn der Vertrag zustande kam. In keiner, auch nicht der unbedeutendsten Frage, war dieser in Gegensatz zu Bismarck getreten. Vielmehr können wir feststellen, daß sich Prinz Reuß nach 25jähriger Zusammenarbeit mit dem Kanzler nunmehr zu einem überzeugten Anhänger des Meisters der Diplomatie entwickelt hätte.

Wir haben oben gesehen, daß die enge Bindung Deutschlands an Oesterreich und die damit verbundene momentane Abkehr von Rußland unter vollster Zustimmung und unter tatkräftiger Unterstützung des Prinzen Reuß erfolgt war. Jedoch betrachtete er

[12]) ebenda S. 83 ff.

den Vertrag mit Oesterreich nicht als eine unwiderrufliche Festlegung gegen den östlichen Nachbar, sondern als eine durch die politische Gesamtlage bedingte und nicht zu umgehende Sicherung, deren Zweck darin lag, Oesterreich am Anschluß an eine deutschfeindliche Koalition zu hindern.

Ganz deutlich ergibt sich aus dieser Einstellung des Botschafters die Art und Weise, wie er sich das zukünftige Verhältnis Deutschlands gegenüber Rußland vorstellte. Eine Politik, an deren Ende der Bruch mit Rußland liegen mußte, lag ihm vollkommen fern.

Mit der Auffassung, daß es für Deutschland unklug und unnütz wäre, Rußland ganz fallen zu lassen, steht er vollkommen auf Bismarcks Seite, der ihm Ende Januar 1880 schrieb: „Wir hoffen und wünschen, mit Rußland im Frieden zu bleiben .... Zu gewinnen haben wir bei einem russischen Konflikte nichts, müssen ihn also zu vermeiden trachten und unsererseits nicht ohne Zwang eine Bahn betreten, an deren Ende der Bruch mit Rußland liegt".[13])

Es war für Bismarck nicht schwer, das isolierte Rußland zu gewinnen. Umso schwerer war es für Oesterreich, sich einem deutsch-russischen Abkommen anzuschließen; denn die Gegensätze im nahen Osten waren sehr groß. In die bulgarischen Verhältnisse, den Zankapfel Rußlands und Oesterreichs, wollte sich Bismarck in keiner Weise einmischen; ebensowenig duldete er eine Einmischung Oesterreichs in die russische Interessensphäre.

Diese Ideen mußte sich Prinz Reuß zu eigen machen, wollte er künftighin erfolgreiche Arbeit leisten.

Mit dem Abschluß des Zweibunds im Jahre 1879 hatte Bismarck, wie oben ausgeführt wurde, neben andern auch den Zweck verfolgt, Rußland wieder näher an uns heranzubringen, was ihm, wie die Haltung Rußlands bald nach diesem Ereignis zeigte, glänzend gelungen ist. Rußland fühlte sich jetzt, nachdem der Gedanke eines Anschlusses an Frankreich oder Italien sich als unmöglich erwiesen hatte, isoliert. So war die russische Annäherung an Deutschland seit 1879 immer weitergeführt worden, bis sie schließlich im Dreikaiserbündnis des Jahres 1881 feste Form annahm.

In Wien hatte sich manches geändert, seitdem Andrassy und Reuß den Zweibundvertrag unterzeichnet hatten. An die Stelle des lebhaften und energischen Ungarn war der unschlüssige Baron Haymerle getreten. Dieser hatte die Unterhandlungen Bismarcks mit dem russischen Botschafter Saburow in Berlin von Anfang

[13]) ebenda S. 135.

an mit Mißtrauen und Beunruhigung verfolgt. Ein engeres Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland paßte nicht in sein System. Immer wieder bestürmte er den deutschen Botschafter mit Fragen über Bismarcks Absichten. Prinz Reuß kannte die Absichten des Kanzlers genau. Trotzdem scheint es, daß er sich von den Beschwerden des ängstlichen Haymerle über russische Umtriebe auf dem Balkan anstecken ließ. Haymerle äußerte schwere Bedenken gegen die russische Propaganda, die sich nur gegen Oesterreich richte und es gelang ihm, den Botschafter davon zu überzeugen, daß ein Dreikaiserbündnis im gegenwärtigen Augenblick für Oesterreich unmöglich sei.

Obwohl Prinz Reuß davon überzeugt war, daß der Zweibund nur ein Notbehelf sein konnte und obwohl es ihm vollkommen klar war, daß infolge der Bereitwilligkeit Rußlands die Erneuerung des Dreikaiserabkommens vom Jahre 1873 für Deutschland durchaus notwendig war, befürwortete er die Beweisführung des österreichischen Ministers, die Möglichkeit einer vertraglichen Bindung an Rußland *im* gegenwärtigen Zeitpunkt. Das Mißtrauen war in Oesterreich so groß, daß sich Haymerle von Prinz Reuß versichern lassen mußte, daß ein Abkommen mit Rußland nichts enthalten werde, „was gegen das Interesse Oesterreichs gehen könnte".[14])

Prinz Reuß hätte, wie er schreibt, dieses Gespräch am liebsten vermieden; denn da er die Beschwerden Haymerles anerkennen mußte, war es ihm offenbar peinlich, den Standpunkt Bismarcks energisch zu vertreten. Er kommt zu dem Schluß, daß man dem Baron Haymerle nicht ganz unrecht geben könne, wenn er sich über die Haltung der russischen Organe in den Balkanstaaten beklage und darin ein Entgegenkommen gegen eine Macht, mit der man paktieren wolle, nicht zu erblicken vermöge.[15])

Bismarck steht dieser Auffassung des Botschafters einigermaßen skeptisch gegenüber und fährt in seinen Bemühungen um eine Verständigung fort. Er glaubt, daß sich die Lage auf dem Balkan ohne Bündnis mit Rußland eher schlechter als besser gestalten würde. Nach seiner Ansicht stellte Baron Haymerle an die Wirkung eines Abkommens mit Rußland zu hohe Anforderungen. Damit hatte auch der Botschafter die Antwort auf seinen Bericht erhalten. Der Erlaß Bismarcks vom 22. Dezember sucht die Bedenken Baron Haymerles gegen ein Abkommen mit Rußland zu zerstreuen. Der Botschafter wird gebeten, Mäßigung anzuraten und „mit Vorsicht und Wohlwollen das Mißtrauen des österreichischen

[14]) ebenda S. 150 ff.
[15]) ebenda S. 151.

Ministers nach Kräften zu mildern und ihm das Sprichwort vorzuhalten: Que le mieux est l'ennemi du bien".[16])

Auf dieser Grundlage baute Prinz Reuß seine weiteren Verhandlungen auf. Trotzdem Haymerles Mißtrauen gegen Rußland nicht nachließ, glaubte Reuß, daß das Aengstliche in den Auffassungen des Baron Haymerle schwinden werde, wenn er einmal erst wissen werde, daß das projektierte Abkommen den Frieden Europas zu sichern imstande sei, welchen Oesterreich ebensosehr brauche, wie wir.

Mitte Januar 1881 ging der russische Vertragsentwurf gleichzeitig mit einem Erlaß Bismarcks und einem Brief Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph in Wien ab.

Ebenso wie um Haymerle, so bemühte sich Prinz Reuß jetzt auch um den Kaiser. Die Argumente, die Bismarck für die Notwendigkeit eines durch Rußland angeregten Abkommens anführte, waren nun für den Botschafter allein maßgebend. Er suchte dem österreichischen Kaiser zu beweisen, daß dem republikanischen Westen der konservativ-monarchische Osten gegenüberstehen müsse.

Die Aufgabe des Botschafters war jetzt außerordentlich schwer geworden. In seiner Hand lag es jetzt, den russischen Vertragsentwurf in Wien durchzubringen. Wenn dies mißlang, war viel verloren. Saburow sprach die Hoffnung aus, daß es dem Prinzen gelingen werde, in Wien erfolgreich zu vermitteln.

Prinz Reuß sollte die Hoffnungen, die man auf ihn gesetzt hatte, nicht enttäuschen. Dem Kaiser gegenüber argumentiert er: „die einzigen Staaten mit starken monarchischen Institutionen sind die drei Kaiserreiche im Osten. Wenn dieselben sich untereinander bekämpfen, anstatt miteinander eine Assekuranz für die Erhaltung des Friedens, geordnete monarchische Zustände zu bilden, so könnten auch sie von der Bewegung ergriffen werden".[17])

Die Verhandlungen mit Haymerle waren überaus schwierig, besonders da dieser häufig nicht den im diplomatischen Verkehr üblichen Ton traf. Bismarck spricht von mangelnder „Urbanität des Tones in amtlichen Aktenstücken";[18]) auch der Botschafter wurde ungeduldig über die fortwährenden Kämpfe um kleinliche Konzessionen, die Haymerle, dem der Blick für das große Ziel vollkommen fehlte, immer wieder herauszuschlagen sich bemühte. Aber Prinz Reuß ließ nicht mehr locker, zumal da nach der Ankunft des russischen Vertragstextes, mit dem Bismarck einverstanden war, endlich die Diskussion über die endgültige Fassung des Textes aufgenommen werden konnte.

[16]) ebenda S. 153.
[17]) Erlaß v. 6. April 1880, Arch. f. Pol. u. Gesch. VI, S. 674.
[18]) V. K. A. III, S. 172.

Nach einmonatlichen Verhandlungen gelang es dem Botschafter Haymerle von der Zweckmäßigkeit eines Bündnisses in der vorliegenden Fassung zu überzeugen. Am 2. Mai konnte Reuß den Erfolg seiner Bemühungen nach Berlin berichten. Er wolle Bismarck nicht mit der Darstellung der Kämpfe ermüden, die es im Verlauf der letzten Tage gekostet habe, um Baron Haymerle zu Konzessionen zu bewegen, deren Ausdehnung ihn selbst überrascht hätten.[19])

Es war dem Botschafter gelungen, den deutsch-russischen Entwurf im großen und ganzen in Wien durchzubringen. Um weitere Schwierigkeiten zu vermeiden, empfehle er den Russen die Annahme der österreichischen Abänderungsvorschläge, womit sich auch Bismarck einverstanden erklärte.

Wenn es nach außerordentlichen Schwierigkeiten schließlich gelang, den Abschluß des Dreikaiserabkommens schon 1½ Jahre nach dem Abschluß des Zweibundvertrags durchzusetzen, so ist dieser Erfolg der deutschen Politik nicht zuletzt auf das Konto des deutschen Botschafters in Wien zu setzen. Dieser war nach einigem Zögern entschlossen daran gegangen, den deutschen Stundpunkt in dieser wichtigen Frage energisch zu vertreten. Nicht nur aus Pflichtbewußtsein, sondern aus vollster Ueberzegung heraus, hat er sich auf die Seite Bismarcks gestellt, ohne sich im geringsten durch das heftige Widerstreben des Wiener Hofs und der Wiener Regierung beeinflussen zu lassen. Während Prinz Reuß sich anfangs von den Beschwerden des österreichischen Ministers anstecken ließ, sodaß Bismarck aus seinen Berichten den Eindruck gewann, daß ein Abkommen der Dreikaisermächte kaum zu erreichen sei, fällt schließlich der Botschafter über das Verhalten Haymerles selbst das härteste Urteil.

Wie bei den Verhandlungen über das deutsch-österreichische Bündnis, so orientierte Prinz Reuß auch in der Frage des Dreikaiserbündnisses seine diplomatische Einstellung gegenüber der österreichischen Politik ausschließlich nach Bismarcks Grundsätzen. Mochte er vielleicht einmal in einer untergeordneten Frage anderer Ansicht sein, im Prinzip war für ihn Bismarcks Auffassung allein maßgebend.

Der Anteil des Wiener Botschafters an dem Zustandekommen des Dreibundes tritt aus den Akten nicht ganz deutlich hervor. Zweifellos ist der Grund dafür darin zu suchen, daß die Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Italien und dem Zweibund sich jahrelang in verschiedenen Phasen hinzogen. Außerdem änderte sich die Stellungnahme Bismarcks im Verlauf der Verhandlungen wesentlich, wodurch die Arbeit des Botschafters nicht erleichtert wurde.

---

[19]) ebenda S. 170.

Es ist keine Frage, daß Prinz Reuß die Grundidee dieses Abkommens durchaus gebilligt hat. Ja, wir dürfen annehmen, daß er ihr ursprünglich freundlicher gegenüberstand als der Kanzler; denn die erste — nicht amtliche — Anregung der Italiener durch den Journalisten Goerke geschah durch Vermittlung unseres Wiener Botschafters.[20])

Am 17. Oktober 1880 fand die erste Unterredung zwischen Reuß und Haymerle statt, die die italienischen Verhältnisse und die Möglichkeit einer Verständigung mit Italien zum Gegenstand hatte. Haymerle war zwar überzeugt von der Notwendigkeit guter Beziehungen mit dem Nachbar im Süden, aber er hielt die Zeit noch nicht für gekommen, bindende Versprechungen zu verlangen.

Bismarck behandelte die italienische Anregung zunächst dilatorisch. Einen Neutralitätsvertrag mit Italien schätzte er nicht hoch ein. Bei der Frage eines Garantievertrags, der im Herbst des Jahres 1881 von Italien angeregt wurde, überließ er es dem Botschafter, falls er durch eine österreichische Anregung sich dazu veranlaßt sehe, in „vorsichtiger und ganz vertraulicher Weise" seine (Bismarcks) Zweifel über einen Garantievertrag mit Italien auszusprechen.[21])

In Wien war unterdessen nach dem Tode Baron Haymerles mit dem energischeren Graf Kalnoky ein neuer Geist in das Außenministerium eingezogen. Prinz Reuß schätzte den neuen Außenminister höher als seinen Vorgänger und zwar — wie er schreibt — deshalb, weil Kalnoky bei seiner Vorstellung nicht mehr die üblichen Phrasen von gegenseitigem Vertrauen, Pflege der guten Beziehungen usw. auskramte.[22]) Mit Kalnoky traten die Verhandlungen mit Italien in ein neues Stadium ein.

Am 23. Dezember regte dieser dem deutschen Botschafter gegenüber die Möglichkeit an, durch ein Bündnis mit Italien das geschwächte Königtum zu stützen. Kalnoky schien aus diesem Grunde einem Vertrag mit Italien nicht abgeneigt zu sein, falls Bismarck damit einverstanden sei.

Demgegenüber vertrat Prinz Reuß den Standpunkt Bismarcks, indem er dem österreichischen Minister das Mißtrauen des Kanzlers gegenüber Allianzverträgen mit Italien vor Augen führte.

Ebenso führte er die Verhandlungen in geschickter Weise, als in einem Erlaß Bismarcks die Bündnisfrage mit der Frage des Kirchenstaats verquickt wurde. Bismarck wollte außerdem die Ueber-

[20]) ebenda S. 183 Anm.
[21]) ebenda S. 193.
[22]) Reuß an Bism. 21. 11. 1881, Arch. f. Pol. u. Gesch. VI, S. 587.

nahme deutsch-österreicher Verpflichtungen von der Dauer des Bündnisses mit Rußland abhängig machen. Trotz der Bemühungen des Botschafters wurden beide Anregungen Bismarcks von Kalnoky höflich abgelehnt.[23])

Kanzler und Botschafter waren nunmehr beide einem Abkommen mit Italien gegenüber positiv eingestellt. Aus den Berichten des Prinzen Reuß, die die Schwierigkeit seiner Aufgabe deutlich zeigten, geht klar hervor, daß er, wie immer, über die Auffassungen Bismarcks in allen Fragen genau informiert wurde, und daß es ihm als durchaus vertrauenswürdigem Vermittler der Bismarck'schen Ideen und Entschlüsse nie in den Sinn kam, die Intentionen des Kanzlers durch eigene, entgegengesetzte zu durchkreuzen. Dabei müssen wir, besonders bei den Verhandlungen über das Zustandekommen des Dreibundvertrags, immer in Betracht ziehen, daß es für einen Botschafter oft recht schwierig war, den Ansprüchen, die Bismarck stellte, und die sicherlich nicht gering waren, gerecht zu werden. Diese Tatsache, die oft sehr deutlich hervortritt, ist auch bei der Frage nach dem Verhältnis zwischen Bismarck und dem Wiener Botschafter immer zu berücksichtigen.

Wir haben oben gesehen, daß Bismarck die erste Anregung der Italiener, die durch Prinz Reuß, — der dadurch sein Einverständnis mit evtl. Bündnisverhandlungen kundgab — vermittelt wurde, ablehnte. Entsprechend seiner Einstellung zu Bismarck mußte Reuß seine Haltung in Wien nach Bismarcks Auffassung modifizieren. Ein Jahr später aber ließ der Kanzler in Wien selbst Vorschläge machen, die dort abgelehnt wurden.

In allen Fragen konnte Bismarck mit der tatkräftigen Unterstützung des Botschafters rechnen. Immer wieder mußte dieser versuchen, das Resentiment Oesterreichs, das sich wieder gegen Rußland richtete, abzuschwächen. Nach seiner Ansicht waren die Skobelew-Reden, und das Echo, das sie in Rußland hervorriefen, der äußere Anlaß, daß schließlich Kalnoky sich den Auffassungen Bismarcks in der Bündnisfrage anschloß. Damit hatte er zweifellos recht, und damit war auch das Wesentliche erreicht.

Während der Verhandlungen über die Redaktion des Bündnistextes machte Kalnoky noch den wenig glücklichen Versuch, einen billigen Vorteil zu erringen. Er schlug vor, in den Text einen Artikel aufzunehmen, in welchem gesagt werden solle, daß, wenn eine oder zwei der Vertragsmächte mit einer oder mehreren außerhalb dieses Vertrags stehenden Mächten in Krieg geraten (!) sollten, die andere oder die anderen beiden sich zum Beistand verpflichten.[24]) Der Zweck, den Kalnoky mit diesem Vorschlag verfolgte, war

[23]) B. K. A. III, S. 193—205.
[24]) ebenda S. 221.

zweifellos der, Oesterreich freie Hand auch zu einem Angriff auf Rußland zu verschaffen. Der Versuch hatte aber keinen Erfolg. Die Erwähnung dieses Antrags des Oesterreichers ist deshalb für uns wichtig, weil wir hier, wie kaum an einer anderen Stelle, eine Eigenart der Berichterstattung des Wiener Botschafters feststellen können. Es ist typisch, daß Prinz Reuß nicht zögerte, diesen Passus in seinen Bericht an den Reichskanzler aufzunehmen, obwohl es ihm keinen Augenblick zweifelhaft sein konnte, daß Kalnoky damit den Versuch machen wollte, Deutschland gegen Rußland zu verpflichten, und trotzdem überläßt er es dem Kanzler, zu entscheiden, was er annehmen oder ablehnen wollte.

Die Berichte des Botschafters, die über die Fassung des Vertragstextes handeln, sind ein Beispiel für seine Sachkenntnis und die Gewissenhaftigkeit, mit der er alle — auch die geringsten — Wünsche Bismarcks behandelte.

Besonders deutlich zeigt sich hier, daß Prinz Reuß ein durchaus zuverlässiger und sachlich denkender Berichterstatter war, der nie über das ihm gesteckte Ziel hinausging. Wie oft hätte er Gelegenheit gehabt, sein Urteil den Wünschen des Wiener Kabinetts anzupassen! Aber es ist dem Botschafter im Verlauf der langwierigen Verhandlungen über den Dreibund nie in den Sinn gekommen, eine Auffassung zu vertreten, die der Bismarcks zuwidergelaufen wäre.

Am 13. Dezember 1882 erschien ein Artikel in der Kölnischen Zeitung, in dem Enthüllungen über das deutsch-österreichische Bündnis gemacht wurden. Wie wir heute wissen, geht dieser Artikel auf die Anregung Bismarcks zurück. Der Kanzler verfolgte mit dieser Aktion einen dreifachen Zweck. 1. sollte der Reichstag auf eine geplante Heeresvermehrung vorbereitet und 2. sollte Rußland gewarnt werden. Schließlich war der Artikel nicht zuletzt an die Adresse Wiens gerichtet. Das Echo, das dieser Hinweis in Oesterreich-Ungarn gefunden hatte, wurde sowohl von Kalnoky, als auch von dem deutschen Botschafter lebhaft begrüßt. Letzterer war angenehm berührt von diesem Anstoß zur Verlängerung des Zweibunds und schrieb an Bismarck, er sehe in diesem Bündnis eine „Notwendigkeit zur Erhaltung des Friedens". Bismarck war vollkommen damit einverstanden und erklärte dem Botschafter seine Bereitwilligkeit, „der Verlängerung desselben das Wort zu reden".[25])

Prinz Reuß erhält den Auftrag, vertraulich zu sondieren, ob eine Erneuerung des Zweibundvertrags vor der Verlängerung des Dreikaiserabkommens vom Jahre 1881, die von Saburow in Berlin angeregt worden war, möglich sei.

[25]) ebenda S. 251.

Dieser Aufgabe kam der Botschafter sofort nach. Als er dem österreichischen Minister die Anregung Bismarcks zur Kenntnis gab, erklärte sich dieser sofort damit einverstanden. Die Frage nach dem Einverständnis des Botschafters mit der Bismarck'schen Auffassung in dieser Frage erübrigt sich, wenn wir die Haltung des Prinzen in den Verhandlungen über den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses vom Jahre 1879 zum Vergleich heranziehen. Wie damals, so stand der Botschafter auch jetzt wieder in allen Fragen auf der Seite des Kanzlers.

Die Anregung zu einem Vertrag mit Rumänien ging von Bismarck aus. Am 19. August 1883 teilte er dem Botschafter in Wien seine Absicht mit, die „Friedensliga" nach Osten zu erweitern.[26])

Als Prinz Reuß diese Absicht Bismarcks dem österreichischen Minister gegenüber vertrat, griff dieser den Gedanken lebhaft auf. Der Botschafter gewann den Eindruck, daß der österreichische Außenminister, ebenso wie der Kaiser, den Gedanken einer näheren politischen Beziehung zu Rumänien immer festgehalten hätte, wozu Bismarck bemerkt, daß der Ton der Sprache, die Oesterreich Rumänien gegenüber führte, nicht immer einwandfrei gewesen sei.

Die Ergebnisse der Unterredung, die Bismarck in Gastein mit dem rumänischen Minister Bratianu hatte, nahm Reuß zur Grundlage seiner Verhandlungen mit Wien. Er hielt sich genau an die Instruktionen Bismarcks und machte von sich aus keinen Vorschlag. Ueberhaupt spielte Reuß in diesen Verhandlungen nur die Rolle des Vermittlers, da auf den Wunsch Bismarcks der Vertrag nur zwischen Oesterreich und Rumänien abgeschlossen werden und Deutschland und Italien nur beitreten sollten.

Die Verlängerung des Dreikaiserbündnisses war im Januar des Jahres 1884 von dem russischen Botschafter in Berlin angeregt worden. Bismarck, der der ganzen Frage merkwürdig kalt gegenüberstand, wünschte eine amtliche Anregung durch die russische Regierung. In Wien war Ende April 1883 zum erstenmal die Rede von der Verlängerung des Dreikaiserbündnisses.[27])

Der Ansicht Kalnokys, daß die Anregung Saburows auf seine eigene Initiative zurückzuführen sei, trat Prinz Reuß entgegen. Er glaubte vielmehr, daß Kaiser Alexander dem Gedanken einer solchen Erneuerung zuneige. Diese Auffassung sollte sich allerdings später als falsch herausstellen. Jedoch wies Reuß darauf hin, daß Bismarck ruhig abwarten wolle, bis das amtliche Rußland auf den Gedanken der Vertragserneuerung zurückkomme.

---

[26]) ebenda S. 263.
[27]) ebenda S. 289.

Wir dürfen annehmen, daß der Botschafter den Gedanken einer vertraglichen Bindung zwischen den drei Kaiserreichen auch in diesem Zeitpunkt begrüßte, obwohl Bismarck während der Verhandlungen über die Bündniserneuerung eine auffallende Kälte zeigte. Man bekommt fast den Eindruck, als ob ihm an der Verlängerung des Vertrags nichts liege. Inwieweit diese Stimmung des Kanzlers die Haltung des Botschafters dem Wiener Kabinett gegenüber beeinflußte, läßt sich nicht feststellen.

In einem Erlaß aus Gastein vom 8. September 1883 entwickelte Bismarck dem Botschafter sein Programm.[28]) Wenn wir über das Verhältnis zwischen Kanzler und Botschafter nur auf der Grundlage dieses Erlasses ein Urteil abgeben oder gewinnen wollten, dann hätten wir hier ein hervorragendes Beispiel für die engen Beziehungen, die zwischen beiden bestanden. Bismarck weiht den Prinzen in seine geheimsten Gedanken ein. Um gegen Rußland gesichert zu sein, scheint ihm die Verlängerung des Dreikaiserabkommens das erste und beste Mittel zu sein. Sollte das nicht gelingen, so darf Deutschland nicht zuerst Rußland gegenübertreten, sondern muß das andern überlassen, die im Orient interessiert sind. Wir müssen dem russischen Nachbar freie Fahrt lassen und uns nicht für die Pforte, England und Rumänien die Finger verbrennen.

Reuß verhandelte in diesem Sinne in Wien. Abgesehen von einigen Bedenken, die auf die veränderte Lage im Orient zurückzuführen waren, war Kalnoky damit einverstanden, daß der Vertrag verlängert werden sollte. Allerdings war es dem Botschafter nach der ersten Unterredung noch nicht gelungen, den österreichischen Minister von der Auffassung Bismarcks vollständig zu überzeugen; aber als Reuß auf der Grundlage des Bismarck'schen Erlasses vom 15. September weiter verhandelte, ergab sich bald völliges Einverständnis zwischen Bismarck und Kalnoky.

Wenn wir die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung über die Politik des Wiener Botschafters Reuß in ihrem Verhältnis zu Bismarcks Politik zusammenfassen und kritisch zu werten versuchen, und wenn wir fragen, wie verhielt sich, speziell während der Verhandlungen über Zweibund, Dreibund, Dreikaiserbündnis und die Verlängerungen dieser Verträge, die der Prinz im Namen des Reiches führte, die Politik des Botschafters zu der des Kanzlers, so kann die Antwort auf diese Frage keinen Augenblick zweifelhaft sein. Bei allen diesen Verträgen hat Prinz Reuß tatkräftig und aus Ueberzeugung mitgewirkt. Vergebens würden wir nach einer Auffassung des Botschafters suchen, die in einer be-

[28]) ebenda S. 294.

deutenden Frage den Gedanken Bismarcks zuwiderlaufen würde. Es erübrigt sich deshalb, die Ergebnisse der Einzeluntersuchungen noch einmal herauszustellen.

3. Kapitel:

„Krisenjahre".

Prinz Reuß hatte sich während seiner bisherigen, durchaus erfolgreichen Tätigkeit als deutscher Botschafter in Wien das volle Vertrauen nicht nur des Fürsten Bismarck, sondern auch in besonderem Maße das der leitenden Persönlichkeiten der Politik Oesterreich-Ungarns erworben. Seine Stellung war im Laufe der Jahre, die dem engen deutsch-österreichischen Zusammenschluß folgten, zu einer festen Vertrauensstellung geworden, die dem Botschafter nicht zu unterschätzende Vorteile bot. Seine politischen Erfolge, sowie seine sympathische Persönlichkeit ermöglichten es ihm, in verschiedenen Fragen, besonders wenn Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, den Leitern der österreichischen Politik, insbesondere Kalnoky gegenüber einen offeneren Ton anzuschlagen, als es sonst im allgemeinen im diplomatischen Verkehr üblich war.

Dieser Vorteil kam dem Botschafter besonders zur Zeit der „Krisenjahre" von 1885—1890 oft sehr zustatten. Denn Bismarck fühlte sich mehr als einmal gezwungen, den Bundesgenossen energisch vor allzu gewagten Unternehmungen zu warnen. In solchen Fällen mußte Prinz Reuß nicht gleich befürchten, Anlaß zu einer ernstlichen Verstimmung gegeben zu haben. Daß Kalnoky sich durch die Mahnungen aus Berlin beeinflussen ließ und die Bemühungen des Botschafters in dieser Hinsicht mitunter sehr erfolgreich waren, steht außer Frage. Ob aber Kalnoky dadurch der Gesinnung und dem Willen seiner Landsleute entgegenkam, ist wieder eine andere Frage, die nicht in diesen Zusammenhang gehört.

Das Dreikaiserbündnis hatte bald nach seiner Erneuerung infolge des österreichisch-russischen Gegensatzes und der Verwicklungen auf dem Balkan schwere Belastungsproben auszuhalten, denen das Bündnis sehr oft nicht gewachsen war. Neben dem russisch-englischen Konflikt in Afghanistan war es besonders der bulgarische Konflikt, der durch den Aufstand in Ost-Rumelien und die Vereinigung beider Bulgarien heraufbeschworen wurde und die Gefahr eines Weltkriegs in bedrohliche Nähe rückte.

Die Stellung und die Aufgabe des Botschafters in Wien war durch diese Vorgänge auf dem Balkan außerordentlich erschwert worden.

Wir kennen die Haltung Bismarcks in dieser Frage. Bulgarien war für ihn ausschließlich russische Interessensphäre, innerhalb deren Oesterreich nichts zu suchen hatte. In schroffem Gegensatz dazu stand die österreichische Auffassung. Die Donaumonarchie wollte unter allen Umständen ihren „berechtigten Einfluß" in Bulgarien wahren.

Für den Prinzen Reuß war es keinen Augenblick zweifelhaft, welcher Ansicht er sich anzuschließen und welchen Standpunkt er einzunehmen hatte. Wenige Tage nach dem Ausbruch des Aufstandes in Ostrumelien teilte er dem österreichischen Außenminister die Auffassung Bismarcks mit, dem es — nach des Botschafters eigenen Worten — in erster Linie darum zu tun war, „den europäischen Frieden dadurch vor Störung zu bewahren, daß Oesterreich alles verhüten sollte, sich mit Rußland über die beiderseitigen Schoßkinder Serbien und Bulgarien zu entzweien.[1]) Kalnoky erklärte zwar sofort seine Bereitwilligkeit, dieser Auffassung der Sachlage beizupflichten. Ob aber Prinz Reuß von der Aufrichtigkeit der Versicherungen des Ministers überzeugt war, ist sehr zweifelhaft; denn er hielt es nicht für unnötig, ihn auf die Bestimmung des Dreikaiserbündnisses hinzuweisen, in der sich Oesterreich und Rußland, ebenso wie Deutschland verpflichtet hatten, Rücksicht auf die gegenseitigen Interessen zu nehmen und sich über vorkommende Fragen im Voraus zu verständigen.[2])

Wir sehen, das Mißtrauen des Kanzlers gegenüber den wahren Absichten der Donaumonarchie auf dem Balkan war bei dem Botschafter in nicht geringerem Maße vorhanden. Deshalb empfahl dieser dringend eine sofortige Verständigung zwischen Oesterreich und Rußland über die Frage eines serbisch-bulgarischen Konfliktes. Daß dieser Rat des Botschafters nicht unnötig war, zeigte sich sofort; denn Kalnoky teilte ihm bereits Tatsachen mit, die nichts anderes waren, als eine offene Stellungnahme Oesterreich-Ungarns zu Gunsten Serbiens. Oesterreich erkannte das Recht Serbiens auf Kompensationen an, — ein Recht, das Bismarck als Redensart bezeichnete —, ebenso werde die Doppelmonarchie für das befreundete Serbien eintreten, wenn es sich darum handle, das gestörte Gleichgewicht auf dem Balkan wieder einigermaßen herzustellen.

Die Ansicht des Botschafters in dieser Frage deckt sich vollkommen mit der Bismarcks. Reuß widerspricht dem österreichischen Minister

[1]) B. K. A. S. 3.
[2]) ebenda S. 4.

energisch. Er schreibt dem Kanzler: „Ich habe dem Minister hierauf erwidert, daß ich die Notwendigkeit nicht anerkennen könne, Serbien eine Kompensation zu geben".[3])

Bismarck bemerkt dazu „richtig". Ein solches Zugeständnis würde nach der Auffassung des Botschafters nur den Appetit der Balkanstaaten reizen. Es würde viel nützlicher sein, diesen allen und auch Serbien von vornherein jede Hoffnung auf Vergrößerung abzuschneiden.

Diese in dem vorliegenden Falle einzig richtige und gesunde politische Auffassung des Botschafters wurde aber von dem österreichischen Kabinett nicht anerkannt. Um betreffs der Kompensationen Serbiens sicher zu gehen, befragte Prinz Reuß auch seinen russischen Kollegen in Wien nach seiner Ansicht. Dieser bestätigte zwar die Behauptung Kalnokys, daß fast täglich ein reger Gedankenaustausch über die schwebenden Fragen stattfinde; Lobanow zweifelte aber sehr, ob die russische Regierung auf den Gedanken der serbischen Kompensationen eingehen werde. Prinz Reuß kannte die politischen Grundsätze Rußlands zu genau, als daß er sich Illusionen hingegeben hätte. Ein heftiges Widerstreben Rußlands in dieser Frage war nach seiner Auffassung sehr wahrscheinlich und in seinen Folgen für ganz Europa unberechenbar.

Deshalb benutzte Reuß die Mitteilung Lobanows über die mutmaßliche Aufnahme der Idee der serbischen Kompensationen in Rußland, um Kalnoky noch einmal dringend darauf hinzuweisen, sich in diesem Falle den Ernst der politischen Lage Europas vor Augen zu halten und seine Absichten im Interesse des Friedens aufzugeben. Mit der Kraft seiner ganzen Beredsamkeit schilderte der Botschafter dem österreichischen Minister die Gefahr für Oesterreich, die in diesem Unternehmen liege und bat ihn, nicht zu vergessen, in welch mißliche Lage er dadurch Deutschland bringe. Schließlich zögerte Prinz Reuß nicht, Kalnoky leise zu warnen vor dem gewagten Spiel. Deutschlands Vertragstreue sei gewiß unwandelbar, aber man dürfe sie auch nicht auf eine zu harte Probe stellen und dürfe nicht vergessen, daß im Falle eines deutsch-russischen Konfliktes der Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges sehr wahrscheinlich sei. Wie immer, so betonte Kalnoky auch jetzt wieder die durchaus friedliche Gesinnung Oesterreich-Ungarns.

Der deutsche Botschafter hatte, wie wir gesehen haben, seinen Auftrag, den ihm Bismarck persönlich wenige Tage vorher in Friedrichsruh erteilt hatte, in geschickter und energischer Weise ausgeführt. In Wien konnte man über die Haltung der deutschen Regierung in dieser Frage nicht mehr im unklaren sein. Prinz Reuß war von der absoluten Richtigkeit seiner und Bismarcks Auf-

[3]) ebenda S. 6 ff.

fassung durchaus überzeugt. Ob es Kalnoky mit seinen Friedensbeteuerungen immer ernst war, wollen wir dahingestellt sein lassen. Daß das bei Prinz Reuß der Fall war, ist dagegen keine Frage. Jedoch glaubte er, daß die Initiative zu dem Vorgehen Oesterreichs nicht bei Kalnoky zu suchen sei, sondern er gewann später den „sicheren Eindruck", daß die serbischen Kompensationen von Kaiser Franz Joseph befohlen worden seien.[4])

Bismarck hielt an seinem Standpunkt fest und ließ sich, so wenig wie sein Botschafter, durch die Friedensversicherungen Kalnokys irre machen. Die Verpflichtung, Serbien beizuspringen, wenn dieses Land durch einen Angriff in einen Krieg verwickelt werde, sprach Bismarck den Oesterreichern ab. Die Versicherung Kalnokys, daß Oesterreich den serbischen Nachbar nicht im Stiche lassen werde, beunruhigte ihn. Er fürchtete die Zweideutigkeit dieses Wortes!

In diesem Sinne ging die Instruktion an den Botschafter nach Wien. Es galt besonders, die Oesterreicher zu warnen, in ihrem Eifer für König Milan und die Serben nicht über die Grenzen hinauszugehen, innerhalb deren das gute Verhältnis zwischen den Verbündeten gesichert war. Die Ansichten, die Reuß bisher in dieser Frage vertrat, werden durchaus gebilligt. Die Hauptsache sei, daß Oesterreich neutral bleibe.

Der serbisch-bulgarische Krieg war nach der Niederlage der Serben durch das Eintreten Oesterreich-Ungarns zum Stillstand gekommen. Trotz seiner Niederlage und trotz der Ermahnungen Oesterreichs führte König Milan eine trotzige Sprache. Sein Verhalten erregte in Berlin schweren Anstoß. In seinem Urteil über ihn war sich Prinz Reuß mit Bismarck einig. So schrieb er ihm am 29. November 1885: „Es hat ein großes Maß von dünkelhafter Verblendung, Eigensinn und Verrücktheit dazu gehört, um nach Kenntnisnahme der drei Hauptdepeschen die ich eingesehen habe, nicht zu begreifen, daß Serbien seinem Verderben entgegenrennen mußte, wenn es sich dem Rat des befreundeten Oesterreich verschloß".[5])

Als Bulgarien den serbischerseits angebotenen Waffenstillstand ablehnte und wieder angriff, sandte die österreichische Regierung den Grafen Khevenhüller in das bulgarische Hauptquartier, um mit dem Einmarsch österreichischer Truppen in Serbien zu drohen, falls die Feindseligkeiten nicht sofort eingestellt würden. War dieser Schritt Oesterreichs mit den Abmachungen des Dreikaiservertrags vereinbar, in dem die Vertragspartner dahin übereingekommen

[4]) Privatbrief Reuß' 9/10. 12. 1885. Arch. f. Pol. u. Gesch. VII.
[5]) Reuß an Bism. 29. 11. 1885, ebenda S. 120.

waren, ihre gegenseitigen Interessen zu berücksichtigen und sich über vorkommende Streitfragen in loyaler Weise zu verständigen, um dadurch Konflikte möglichst zu verhüten? Nach Bismarcks Auffassung war die Intervention Khevenhüllers gegen den Sinn des Vertrags mit Deutschland und Rußland und hätte deshalb vorher mindestens den befreundeten Regierungen angezeigt werden sollen.[6])

Wie hatte sich Prinz Reuß dazu gestellt?

Am 5. Dezember 1885 meldete er nach Berlin die Besorgnis der Oesterreicher vor einem neuen Angriff des Battenbergers und ihren Entschluß, evtl. einzugreifen, wenn sich durch das Vorrücken der Bulgaren die Notwendigkeit dazu ergebe.

Der Botschafter hatte Kalnoky, als dieser ihn von seinem Vorhaben in Kenntnis setzte, nicht widersprochen. Sicherlich wußte er, daß man in Berlin nicht ganz damit einverstanden sein werde. Einige Tage vorher hatte er bereits versucht, seine Auffassung zu begründen: „Da die Serben keine Munition mehr hätten, so wären die Bulgaren vielleicht bis Belgrad marschiert. Unnützes Blutvergießen wäre die Folge gewesen und außerdem die politische Situation unendlich erschwert worden".[7])

Trotz der Instruktion Bismarcks, der den Botschafter anwies, Kalnoky darauf aufmerksam zu machen, daß das österreichische Vorgehen dem Sinne der bestehenden Abmachungen widerspreche, hatte Prinz Reuß offenbar diese Ansicht Bismarcks in Wien nicht oder nicht energisch genug vertreten, sondern die Notwendigkeit für Oesterreich-Ungarn anerkannt, einen Schritt zu unternehmen, der auch bei den befreundeten Mächten Billigung finden werde. Prinz Reuß glaubte sogar, daß die österreichische Intervention, die im ganzen Land mit Befriedigung aufgenommen worden sei, selbst von den Bulgaren als ein Dienst angesehen werde, den Oesterreich ihnen geleistet habe.

Am 4. Dezember berichtete der Botschafter nach Berlin, er habe Kalnoky dringend gebeten, das Petersburger Kabinett rechtzeitig von allen Schritten in Kenntnis zu setzen, die es zu unternehmen gedenke. Reuß sah nur das allein als eine Notwendigkeit an. Ja er ging noch weiter.[8]) Anstatt Kalnoky von seinen Unternehmungen abzuraten, wie es Bismarcks Wunsch gewesen war, anerkannte der deutsche Botschafter die Notwendigkeit für Oesterreich, im nahen Osten in die Entwicklung der Verhältnisse einzugreifen und verlangte nur, daß Kalnoky dem Kaiser Alexander

[6]) V. K. A. V, S. 25.
[7]) ebenda S. 24.
[8]) Reuß an Bism. 4. 12. 1885, Arch. f. Pol. u. Gesch. VII 2, S. 123 Anm.

davon Mitteilung mache, ohne zu bedenken, daß ein solches Vorgehen Oesterreichs in Petersburg wahrscheinlich schwersten Anstoß erregen mußte, was auch tatsächlich der Fall war.

Mit dieser Auffassung stand der Botschafter, — soviel wir sehen zum erstenmal — in einer entscheidenden Frage im Gegensatz zu Bismarck. Denn diesem genügte es nicht, daß Kalnoky das Petersburger Kabinett von seinen Plänen in Kenntnis setze, oder ihm die Notwendigkeit dazu zu erklären versuche, sondern die Hauptsache war in seinen Augen, daß Oesterreich, wenn es ein Eingreifen seinerseits für durchaus notwendig erachte, sich mit Rußland zu verständigen habe.

Das war nach Bismarcks Auffassung der Sinn des Dreikaiserbündnisses. Entgegen der Ansicht seines Botschafters, der das Eingreifen Oesterreichs zu Gunsten Serbiens als eine Notwendigkeit betrachtete, glaubte Bismarck nicht, daß eine solche vorlag. „Der Begriff einseitiger Notwendigkeit ohne vorgängige Verständigung ist mit der Vertragspflicht nicht in Uebereinstimmung zu bringen".

Bismarck urteilt sehr hart über die Handlungsweise Oesterreich-Ungarns, die der Botschafter befürwortet hatte. „Die einfache Erklärung, daß man etwas zu tun für notwendig hält, kann von einer vertragsmäßig gemachten Zusage nicht entbinden und Oesterreich würde sich Rußland und dem Vertrage gegenüber ins Unrecht setzen, wenn es ohne vorgängige Verständigung mit Rußland in Serbien einrücken wollte".[9])

Ja Bismarck wirft den Oesterreichern sogar die Absicht des Vertragsbruchs vor, und der deutsche Botschafter hatte dieser Absicht nicht genügend widersprochen. Bismarck befürchtet, daß Reuß nicht energisch genug gegen Kalnoky auftrete, und er zögert nicht, ihm seine Unzufriedenheit unverhüllt auszusprechen. Obwohl Bismarck in mehreren Erlassen darauf hingewiesen hatte, daß das von dem österreichischen Außenminister geplante Vorgehen auf dem Balkan den Verträgen widerspreche, war es dem Botschafter nicht gelungen, Kalnoky zur Aufgabe seiner Pläne zu veranlassen.

Bismarck schrieb deshalb dem Prinzen am 6. Dezember: „Ich habe diese Argumente wiederholt entwickelt und beklage, daß die mir durch Ew. pp. zugehenden Antworten darauf sich stets in demselben Zirkel ausweichender und mehr rednerischer als sachlicher Aeußerungen bewegen; überrascht aber hat es mich, daß Sie nach dem Schluß Ihres Berichts Nr. 451 dem Grafen Kalnoky selbst gesagt haben: „Oesterreich dürfte evtl. genötigt sein, seine Drohung auszuführen".

[9]) B. K. A. V, S. 27.

Bismarck erkannte diese „Notwendigkeit" durchaus nicht an, auch wenn die Bulgaren bis Belgrad vorrücken sollten. „Ich kann nur empfehlen, das Einrücken in Serbien zu unterlassen". Bismarck kommt zu dem Schluß, daß er, obwohl er schon öfters in diesem Sinne dem Botschafter gegenüber argumentiert hatte, bisher noch keinen Erfolg seiner mühevollen Arbeit sehe. Die Antworten Kalnokys, die der Botschafter mitteilte, hätten nur die Natur einer ausweichenden Zurückhaltung, die ihm keine Garantie dafür bieten würde, daß seine Bemühungen zur Erhaltung des Einverständnisses zwischen Wien und Petersburg fruchtbar sein würden.

Prinz Reuß verwahrte sich zwar gegen den Vorwurf des Kanzlers, daß er einseitig den österreichischen Standpunkt in dieser Frage vertreten habe;[10]) aber es steht doch immerhin fest, daß er in den Verhandlungen über den serbisch-bulgarischen Konflikt nicht immer die Auffassung Bismarcks in dem Maße vertrat, wie es dieser gefordert hatte, indem er das Vertragswidrige und Gefährliche in dem Vorgehen Oesterreichs Kalnoky gegenüber hervorkehrte und tadelte.

Schon nach wenigen Tagen war es aber dem Botschafter gelungen, Kalnoky von der Notwendigkeit einer Verständigung mit Rußland zu überzeugen. Er selbst hatte sich unterdessen davon überzeugt. Prinz Reuß hatte seine Auffassung geändert und war wieder ganz auf Bismarcks Seite getreten. Das zeigte ganz deutlich sein ausführlicher Bericht vom 9. Dezember.[11]) Die Argumente Bismarcks hatte er in seiner Unterredung mit Kalnoky offenbar in energischer Weise vertreten, ohne daß es ihm allerdings gelungen wäre, Kalnoky in allem zu überzeugen. Dieser hielt vielmehr, trotz des Widerspruchs des Botschafters, eine Besetzung Bulgariens durch Rußland für eine Unmöglichkeit, die Oesterreich niemals werde zugestehen können.

Bismarck hielt seine dem widersprechende Ansicht auch später noch aufrecht, und Reuß vertrat nunmehr Kalnoky gegenüber die Ansicht, daß es für Oesterreichs Interessen förderlicher gewesen wäre, den serbisch-bulgarischen Konflikt nicht durch die Khevenhüller'sche Intervention zu unterbrechen. Der bulgarische Vormarsch wäre dann wahrscheinlich zusammengebrochen und Serbien dann schließlich auf Oesterreich angewiesen gewesen. Serben und Bulgaren seien jetzt beide auf Oesterreich erbittert; die Bulgaren, weil sie von Oesterreich bedroht werden, die Serben, weil ihnen die Revanche von Oesterreich verdorben worden sei. Wie hatte doch der Botschafter in kurzer Zeit seine Auffassung der Bismarck'schen angeglichen! Auch

[10]) Privatbrief Reuß, 9/10. 12. 1885. Arch. f. Pol. u. Gesch. VII 2,
[11]) Vorkriegsakten V, S. 30 ff.

jetzt hielt er den österreichischen Außenminister nicht für allein verantwortlich, sondern er glaubte, daß die ganze Aktion, auch die Khevenhüller'schen Sendung von Kaiser Franz Joseph ausgegangen sei. Kalnoky gab seine Absicht, die Beendigung des Kriegszustandes durch die österreichische Mobilmachung zu erzwingen, unter dem scharfen Einspruch des Botschafters wieder auf.

Dessen Aufgabe war jetzt, unter allen Umständen Oesterreich zu veranlassen, abzuwarten. Immer wieder versuchte der Botschafter, Kalnoky auf das eine Ziel hinzulenken und ihn zu veranlassen, keinen voreiligen und gefährlichen Beschluß zu fassen. Mit der Zeit hatte diese Taktik Erfolg, und am 20. Dezember konnte Reuß nach Berlin schreiben: „Er (Kalnoky) scheint sich darin ergeben zu haben, aber angenehm erscheint ihm dieses Bohren nicht".[12])

So war schließlich durch die energische Intervention Bismarcks und seines Botschafters in Wien die Krise des Jahres 1885, die den Frieden Europas ernstlich gefährdete, glücklich vorübergegangen.

Damit war die bulgarische Krise noch keineswegs vorüber, sondern sie wurde noch verschärft durch den Sturz des Fürsten Alexander. Noch mehr als im Jahre zuvor kam es jetzt darauf an, daß Oesterreich ruhig blieb und sich nicht in die bulgarischen Verhältnisse einmischte. Prinz Reuß erklärte wieder unzweideutig, daß Bulgarien innerhalb der russischen Interessensphäre liege, innerhalb deren Oesterreich nichts zu suchen habe. Reuß war überhaupt ein überzeugter Anhänger der von Bismarck proponierten Idee der Abgrenzung von Interessensphären, ohne aber mit diesem Gedanken zu irgend einer Zeit in Wien durchzudringen. Bismarck befürwortete den Standpunkt des Botschafters durchaus. Er empfahl ein Abkommen, nach welchem Oesterreich den russischen Einfluß in Bulgarien und Rußland den österreichischen in Serbien anerkennen sollte.[13])

Prinz Reuß stellte sich in keiner, auch nicht der geringsten Frage, wie im vergangenen Jahr, auf Oesterreichs Seite, sondern im Sinne Bismarcks kam er nun Rußland viel mehr entgegen. Bei Bismarck können wir die kühle Haltung gegenüber Oesterreich ganz deutlich verfolgen. Ihren äußeren Ausdruck fand sie aber erst in der bekannten Reichstagsrede vom 11. Januar 1887.

In der Verurteilung der ungarischen Kriegshetze, die den Sinn des deutsch-österreichischen Bündnisses verkannte und unter dem Einfluß Andrassys gegen Rußland arbeitete, waren Bismarck und

[12]) Reuß an Bism. 20. 12. 1885, Arch. f. Pol. u. Gesch. VII, S. 127.
[13]) B. K. A. V, S. 62 ff.

der deutsche Botschafter in Wien der gleichen Auffassung. Letzterer glaubte, daß niemand im gegenwärtigen Zeitpunkt eine bessere Politik anzugeben wisse, als Graf Kalnoky, namentlich Graf Andrassy nicht. Immer wieder redet er Kalnoky zu, nicht nachzugeben. Am 24. September 1886 schreibt er nach Berlin: „Ich habe .... ihm wiederholt nach Maßgabe der mir schon früher erteilten Instruktionen mit Beziehung auf Oesterreichs Haltung in der bulgarischen Frage eindringlich zugeredet".[14])

Damit erreichte er auch, daß Kalnoky ihm versprach, er werde den ungarischen Interpellanten sagen, die Regierung mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten Bulgariens ein, sondern bleibe auf dem Boden der Verträge stehen und halte an dem Bündnis mit Deutschland fest. Allerdings war das nur Kalnokys persönliche Ansicht, durch die sich Ungarn keineswegs gebunden fühlte. Aber immerhin hatten die Bemühungen des Botschafters diesen Erfolg, den österreichischen Außenminister zu Bismarcks Ansicht zu bekehren. Prinz Reuß suchte ihm, entsprechend der Ansicht des Reichskanzlers, immer wieder nachzuweisen, daß die öffentliche Meinung in Oesterreich und besonders in Ungarn in ihrer Hoffnung auf deutsche Unterstützung in einem österreichisch-russischen Konflikte sich ganz unberechtigten Schlüssen überlassen hätte.[15])

Es war nicht leicht, Kalnoky von der Richtigkeit dieser Auffassung zu überzeugen; denn auch sein Mißtrauen gegen den russischen Nachbar war so groß, daß er selbst kaum mehr an eine gütliche Beilegung des Konfliktes glaubte. Die Verhandlungen der nächsten Wochen drehten sich deshalb fast ausschließlich um die Frage: wie verhält sich Deutschland zu einem österreichisch-russischen Konflikt?

Bismarck und Prinz Reuß hielten an ihrem bekannten Standpunkt fest, und der Botschafter vertrat ihn Kalnoky gegenüber. Schließlich gelang es ihm auch noch, den österreichischen Minister von der Notwendigkeit zu überzeugen, die öffentliche Meinung, die sich oft Illusionen hingegeben hatte, über den wahren Charakter des deutsch-österreichischen Bündnisses aufzuklären.

Die Ansicht Kalnokys, daß das Festsetzen Rußlands auf dem Balkan eine Gefahr für den österreichischen Staat bedeute, konnte Bismark nicht anerkennen.[16])

An diesem Beispiel sehen wir ganz genau, wie schwer es war, die österreichische Regierung für eine Auffassung Bismarcks zu gewinnen und sie zu veranlassen, darnach zu handeln. Denn obwohl Prinz

[14]) ebenda S. 123 ff; S. 126.
[15]) ebenda S. 129 ff; S. 138 ff.
[16]) ebenda S. 143.

Reuß in monatelangen Verhandlungen immer wieder erklärt hatte, daß Deutschland gegen eine russische Besetzung Bulgariens nichts einzuwenden habe und in einem solchen Vorgehen Rußlands keineswegs einen Anlaß zum Eingreifen Deutschlands sehe, beteuerte Kalnoky in jeder Unterredung von neuem, eine russische Besetzung Bulgariens werde als Gefahr für die Donaumonarchie betrachtet.

Demgegenüber betonte der Botschafter, ein deutsch-russischer Krieg werde unzweifelhaft einen Angriff Frankreichs auf Deutschland zur Folge haben, und Bismarck, der mit dieser Argumentation ganz einverstanden war, wies ihn an, immer wieder von neuem zu empfehlen, daß alles vermieden werde, was einer solchen russischen Berechnung Vorschub leisten könnte.[17]) Diese Auffassung deckte sich vollkommen mit der des Prinzen; wir können sie aus allen seinen Berichten herauslesen. Allerdings hatten seine Bemühungen, Kalnoky für alle Auffassungen Bismarcks zu gewinnen, nicht immer den Erfolg, den er sich wünschte. Ja, Andrassy ging sogar soweit, zu behaupten, das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis sei durch das Dreikaiserbündnis entwertet worden.[18])

Trotz des kriegerischen Geistes, der in Oesterreich herrschte, sah sich Bismarck veranlaßt, den Botschafter anzuweisen, unablässig darauf hinzuweisen, daß der Zustand der österreichischen Kriegsvorräte und Zeughäuser beunruhigend wäre. Wenn Oesterreich trotz der deutschen Warnungen und Mahnungen eigene Politik treiben wolle, so sollte es diese auch wenigstens aus eigener Kraft zu Ende führen.

Wenn diese Mahnungen und Drohungen, die Prinz Reuß zweifellos mit der Kraft seiner vollen Ueberzeugung in Wien aussprach, zunächst keinen Erfolg hatten, so ist das sicher nicht seine Schuld. Noch nie während seiner ganzen politischen Tätigkeit war die Lage und Aufgabe des Wiener Botschafters schwerer und verantwortungsvoller gewesen, als gerade jetzt. Denn von der Haltung Oesterreich-Ungarns hing es ab, ob der Friede in Europa gewahrt bleiben sollte. Prinz Reuß war sich nicht im unklaren darüber, daß seine Bemühungen nur dann von Erfolg gekrönt sein konnten, wenn er sich vollkommen den Auffassungen des Kanzlers anschloß; denn eine zwiespältige Politik, die sich ergeben hätte, wenn der Botschafter in manchen Fragen seinen eigenen Intentionen gefolgt wäre, konnte in dieser gespannten Zeit nur schädliche Wirkung haben.

In Wien war man mit der Argumentation des Botschafters, daß Deutschland im Orient keinerlei Interesse habe, aus begreiflichen Gründen nicht zufrieden. Man war deshalb einigermaßen resigniert über Bismarcks Reichstagsrede vom 11. Januar 1887.

[17]) ebenda S. 145 ff.
[18]) ebenda S. 146 Anm.

Im Dezember 1886 stand Bulgarien vor einer für das Land entscheidenden Frage. Nach einem Konflikt mit der bulgarischen Regentschaft hatte der russische General Kaulbars unter Abbruch der amtlichen Beziehungen das Land verlassen. In Bulgarien war man sich der Notwendigkeit einer Anlehnung an eine Großmacht wohl bewußt. Da der völlige Bruch mit Rußland erfolgt war, konnte diese Macht nur Oesterreich sein. Um sich einen Rat zu holen, ging deshalb eine bulgarische Deputation unter Führung des Justizministers Stoilow Anfang Dezember nach Wien und Berlin.

Wir kennen Bismarcks Ansicht in der bulgarischen Frage. Man war in Berlin entschlossen, die Mitglieder der Deputation nur einzeln als Privatbesucher zu empfangen und ihnen eine Verständigung mit Rußland anzuraten.[19]) In Wien war die Versuchung sicherlich groß, die günstige Gelegenheit zu ergreifen, um seinen „berechtigten Einfluß" in Bulgarien wiederherzustellen.

Wie stellte sich Reuß dazu?

Der Botschafter ließ sich in keiner Weise beeinflussen. Als er am 14. Dezember eine Unterredung mit Stoilow hatte, vertrat er den Standpunkt der deutschen Reichsregierung in eindeutiger und durchaus überzeugender Weise. „Ich habe Herrn Stoilow sprechen lassen und ihm nur gesagt, daß ich seinen Wunsch für sehr vernünftig hielte, wieder in ein gutes Verhältnis zu Rußland zu kommen. Es scheine mir daher am einfachsten, wenn die Bulgaren den jedermann bekannten Wünschen des Petersburger Kabinetts entgegenkämen. Wenn man die persönlichen Empfindungen des Kaisers von Rußland nicht weiter verletzen würde, so scheine mir hierin das beste Mittel zu liegen, um das gute Verhältnis wiederherzustellen."[20])

Das war der Standpunkt Berlins, den Prinz Reuß hier den Bulgaren gegenüber vertrat. Die Auffassung des Botschafters, daß die Deputation in Berlin nichts anderes hören würde, und daß sich aus diesem Grunde eine Reise der Bulgaren dorthin vollkommen erübrige, finden wir durch das Verhalten Herbert Bismarcks bestätigt. Ebenso wie Prinz Reuß hat er nur den einen Rat zu geben, Bulgarien solle sich mit Rußland, wenn der Entschluß dazu auch schwer falle, auf irgend eine Weise verständigen.

In Wien war man mit der Kandidatur des russischen Generals Enroth für den bulgarischen Thron ebensowenig einverstanden, wie mit der des Fürsten von Mingrelien. Prinz Reuß vertrat demgegenüber die Auffassung Deutschlands und riet dem Minister Kalnoky, dem Kaiser Alexander dadurch, daß man die Kandidatur Enroths anerkenne, doch wenigstens einen Gefallen zu erweisen, der Oester-

[19]) ebenda S. 157 Anm.
[20]) ebenda S. 159 ff.

reich gar nichts koste. Das österreichische Kabinett kompromittiere sich dadurch in keiner Weise. Ebenso liege absolut kein Grund vor, sich gegen die Person des Fürsten von Mingrelien zu sträuben, auch wenn man mit Bestimmtheit voraussehen sollte, daß derselbe in Bulgarien nicht gewählt werden würde. Bismarck schrieb dazu: „richtig". Die Auffassung dieser Frage durch den Botschafter entsprach ganz der seinigen.

Unter welchem Gesichtspunkt Prinz Reuß überhaupt die ganze bulgarische Frage vom deutschen und österreichischen Standpunkt aus betrachtete, legt er zusammenfassend klar, wenn er zu Kalnoky sagt: „Die Hauptsache für die Erhaltung der guten Beziehungen, ja für den Frieden schiene mir darin zu liegen, daß wir beiderseits den Russen uns gefällig zeigten da, wo weder unsere noch auch die österreichischen Interessen irgendwie tangiert würden", und Bismarck fügt hinzu: „und daß wir die Lösung der durch Rußlund geschaffenen Schwierigkeit nach Möglichkeit Rußland zuschieben, ohne die Frage, ob Rußlands Vorschläge Erfolg haben werden, unsrerseits zu stellen und Kritik daran zu knüpfen".[22])

Um dem ungewissen Zustand, der seit nahezu zwei Jahren herrschte, ein Ende zu machen, entschlossen sich die Bulgaren im Sommer des Jahres 1887 zur Wahl eines Regenten zu schreiten. Nachdem der Battenberger die Annahme eine evtl. Wahl bestimmt abgelehnt hatte, wurde am 7. Juli 1887 Ferdinand von Koburg — Kohary, ein Offizier der österreichischen Armee zum Fürsten von Bulgarien gewählt. Bismarck hatte die Unterstützung dieser Kandidatur, so oft man in dieser Angelegenheit an ihn herantrat, auf das bestimmteste abgelehnt.[23]) Eine Anerkennung der Wahl durch Deutschland war demnach sehr unwahrscheinlich. Ferdinand v. Koburg befand sich deshalb in einer sehr unangenehmen und schwierigen Lage. Die einzige Möglichkeit, um seiner Wahl die internationale Anerkennung zu verschaffen, sah er — zweifellos mit Recht — in einer Verständigung mit Deutschland. Zu diesem Zwecke bat er von Ebental aus, wo er sich eben aufhielt, Prinz Reuß telegraphisch um eine Unterredung, die ihm auch gewährt wurde. Der Wiener Botschafter befand sich in einem Gewissenskonflikt. Sicherlich hätte er, der auch schon als Kandidat für die bulgarische Krone vorgeschlagen worden war, dem Koburger diese gerne gegönnt. Aber dem gegenüber stand mit unerbittlicher Notwendigkeit die politische Forderung für Deutschland, Bulgarien den Russen zu überlassen. Deshalb zögerte Reuß keinen Augenblick, sondern kurz und bündig, wie er von Berlin aus beauftragt worden war, eröffnete

[21]) ebenda S. 159 ff.
[22]) ebenda S. 185 u. Bism. Randbem. (7), S. 186.
[23]) ebenda S. 187.

er dem Koburger, daß man in Deutschland seine Wahl zum Fürsten von Bulgarien als mit dem Berliner Vertrag in Widerspruch stehend betrachte, und daß sie deshalb ebensowenig von den andern Signaturmächten, am wenigsten von Rußland, anerkannt werden könne.

Als Ferdinand den deutschen Botschafter um einen Rat ersuchte, wies Reuß diesen Wunsch entschieden zurück. Er glaubte nicht, daß es Ferdinand aufrichtig meine.[24])

Wie in dieser Frage, so vertrat Prinz Reuß auch fernerhin den deutschen Standpunkt immer mit Ueberzeugung. In Oesterreich war man immer noch entschlossen, in dem Einrücken russischer Truppen in Bulgarien den Kriegsfall zu sehen und sich dementsprechend zu verhalten. Reuß, der Kalnoky immer wieder warnte, gewann den Eindruck, daß sich Kaiser Franz Joseph „den Luxus eines gelinden Widerstandes gegen die russischen Absichten auf Bulgarien" zu erlauben scheine.[25]) Dieser „Luxus" entbehrte aber nach der von Bismarck gebilligten Auffassung des Botschafters jeglicher Berechtigung.

Wir haben versucht, die Stellung des Prinzen Reuß zur bulgarischen Frage vom Ausbruch der Revolution in Ostrumelien im Herbst des Jahres 1885 bis zur Wahl Ferdinands v. Koburg im Sommer 1887 im Zusammenhang zu untersuchen und mit der Haltung Bismarcks in dieser Frage zu vergleichen. Fassen wir nun, um ein abschließendes Urteil zu gewinnen, die Ergebnisse der Untersuchung zusammen.

Abgesehen von einer kurzen Periode im Dezember des Jahres 1885, während deren der Botschafter den österreichischen Standpunkt billigen zu können glaubte, hat er, so haben wir gesehen, die volle Berechtigung der Bismarck'schen Auffassung anerkannt. Die Idee der Interessensphären, die allein imstande gewesen wäre, ein erträgliches Verhältnis zwischen Rußland und Oesterreich auf dem Balkan zu garantieren, fand den ungeteilten Beifall des Botschafters. Stellen wir einer von Bismarck nicht gebilligten Ansicht des Botschafters den zweifellos großen Erfolg seiner Politik gegenüber, die sich ausschließlich auf den Grundsätzen der Bismarck'schen Politik aufbaute und die er dem österreichischen Kabinett, speziell Kalnoky gegenüber, immer energisch und aus Ueberzeugung vertrat, dann werden wir zu dem Schluß kommen können, daß Prinz Reuß seine Aufgabe, die Interessen der deutschen Regierung in der bulgarischen Frage in Wien zu vertreten, in einer Weise erfüllt hat, mit der Bismarck durchaus zufrieden sein konnte.

[24]) ebenda S. 338 ff.
[25]) ebenda S. 198.

Die Frage nach der Stellung des Wiener Botschafters zu der bulgarischen Fürstenwahl im Sommer 1887 wurde im Herbst desselben Jahres noch einmal akut, als die Person des Prinzen in die Geschichte mit den sog. „Bulgarischen Fälschungen" verwickelt wurde.[26]) Bekanntlich befand sich unter den gefälschten Schriftstücken auch eine Beilage zum ersten Brief, nämlich eine nicht unterzeichnete Note des Prinzen Reuß an den neuen Fürsten von Bulgarien, Ferdinand von Koburg, unter dem Titel „Document accompagnant la lettre du Pce. Ferdinand à Ctesse de Flandre. Ce document est une pièce non signée remise au Prince par l'Ambassade allemande à Vienne." In diesem Schreiben des Botschafters soll dieser dem Fürsten mitgeteilt haben, Deutschland sei es nicht möglich, ihm offiziell Hilfe zu leisten, da es durch Verträge gebunden sei; dem stehe aber nichts im Wege, daß Deutschland im Interesse seiner Politik „offiziös" das Unternehmen unterstützen könne, den Thron Bulgariens in Besitz zu nehmen. Außerdem soll der Botschafter dem Fürsten eine Chiffre zum Zweck geheimer Korrespodenz versprochen haben.

Die Fälschung dieses Aktenstücks, — wie auch der andern — nachzuweisen, ist nicht schwer. Wie hätte auch der Botschafter dem Fürsten Ferdinand, dem gegenüber er sich, wie wir oben gesehen, vollkommen neutral verhielt, die „offiziöse" Unterstützung der deutschen Regierung in Aussicht stellen können? Wenn er es hätte tun wollen, so hätte er doch nur den Ausdruck „tief geheim" gebrauchen können.

Bismarck legte Wert darauf, den Zaren, dem diese Schriftstücke in Kopenhagen in die Hände gespielt worden waren, nicht nur von der Unechtheit der Briefe zu überzeugen, sondern er wollte dies an Hand der Korrespondenz — die er von dem russischen Botschafter in Berlin, Schuwalow, erhielt — völlig sicher nachweisen. Zu diesem Zwecke wurden die Schriftstücke dem Botschafter in Wien zugestellt und dieser aufgefordert, sich dazu zu äußern.

Aus zwei Berichten vom 24. November und 14. Dezember 1887, welch letzterem ein Brief Prinz Heinrichs an Ferdinand v. Koburg und die Antwort darauf beilag, geht die plump angelegte Fälschung eindeutig und klar hervor. Aus dem ersten Bericht erfahren wir, daß der Botschafter zwar eine Unterredung mit Ferdinand gehabt hatte, in der er aber, wie wir oben schon gesehen haben, in kurzen Worten, — wie er von Bismarck dazu ermächtigt worden war —, eröffnete, „daß die Kaiserliche Re-

[26]) ebenda S. 338 ff.

gierung eine seinerseitige Annahme der auf ihn gefallenen Wahl zum Fürsten von Bulgarien für mit den Bestimmungen des Berliner Vertrags in Widerspruch stehend betrachtete". Es kann kein Zweifel bestehen, daß Prinz Heinrich Reuß damit vollkommen im Einverständnis mit dem Kanzler gehandelt hat. Keinen Augenblick glaubte er an die Echtheit der Schriftstücke, in denen auch ihm ein illoyales Vorgehen gegen den Bundesgenossen vorgeworfen wurde. Es war vollkommen richtig, wenn er als seine Ansicht nach Berlin meldete, daß diese ganze Korrespondenz eine böswillige Erfindung sei, die den Zweck habe, das Mißtrauen des Kaisers Alexander gegen Deutschland zu erwecken. Damit war die Angelegenheit für ihn erledigt.

4. Kapitel:

Mittelmeerabkommen, Verlängerung des Dreibunds und Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags.

Als im Dezember des Jahres 1885 die bulgarische Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte und ein russisch-österreichischer Krieg ernstlich zu befürchten war, wies Herbert Bismarck den Botschafter in Wien an, Kalnoky darauf aufmerksam zu machen, daß Oesterreich durch seine Ungeduld und seine nervöse Politik Gefahr laufe, nur England in die Hände zu arbeiten. Wenn die österreichische Politik sich von staatsmännischen Gesichtspunkten leiten ließe, würde es ihr nicht schwer fallen, ihre Interessen leicht wahrzunehmen. Oesterreich solle doch warten, bis England seine Rüstungen vervollständigt habe, und dann sehr wahrscheinlich mit Rußland in Konflikt komme.[1])

Reuß sprach sich in diesem Sinne in Wien aus. Man war tatsächlich dort der Ansicht, England wolle sich durch Oesterreich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen, um sich nachher hinter seinem Rücken mit Rußland zu verständigen. Man tat aber nichts, um sich vor dieser Gefahr zu schützen. Der Botschafter gab deshalb Kalnoky den guten Rat, „wenn er dies wisse, so möge er doch nur Geduld haben und nicht durch zu rasches Vorgehen das Spiel Englands spielen".[2]) Dann werde nachher, wenn England mit Rußland in Konflikt geraten würde, Oesterreich aus seiner Mittelstellung heraus den besten Nutzen ziehen können.

[1]) B. K. A. IV, S. 263.
[2]) ebenda S. 264.

Kalnoky versprach zwar, den Rat des Botschafters zu befolgen, aber er tat, wie wir schon oben gesehen haben, das Gegenteil.

Die Verhandlungen über eine Entente zwischen Oesterreich und England zogen sich noch das ganze Jahr 1886 hin. Bismarck legte den größten Wert auf eine Verständigung zwischen den beiden Mächten. Reuß aber hatte zunächst mit seiner Argumentation wenig Erfolg. Kalnoky lehnte eine Verständigung mit dem britischen Reiche ab. Es sei ja sehr erfreulich, daß England zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß es auch auf dem Balkan Interessen habe, aber Oesterreich wolle den Frieden und hoffe, denselben auch im intimen Zusammengehen mit Rußland zu erhalten.[3])

Trotzdem war man in England entschlossen, Oesterreich im Falle eines Krieges beizuspringen. Salisbury hatte öffentlich diese Erklärung abgegeben.[4]) Im Januar 1887 gewinnt Reuß den Eindruck, daß Oesterreich von England aus wieder gedrängt worden sei, eine Abmachung zu treffen. Aus seiner Haltung gewinnen wir den bestimmten Eindruck, daß er sich in dieser Frage vollkommen von der Richtigkeit der Auffassung Berlins überzeugt hatte und deshalb in Wien den Abschluß eines Abkommens dringend befürwortete.

Schneller, als man geglaubt hatte, kam es zu einer Verständigung. Auf Veranlassung Deutschlands hatte England mit Italien ein Abkommen getroffen, worin sich beide Mächte zur Aufrechterhaltung des „status quo" im Mittel- und Schwarzen Meer verpflichteten. Damit war auch für Oesterreich die Basis geschaffen, auf der sich ein Abkommen mit dem Inselreich ermöglichen ließ. Reuß betrieb nach wie vor eifrig den Beitritt Oesterreichs. Wie immer, so hatte er auch jetzt wieder besonders gegen die Unentschlossenheit Kalnokys zu kämpfen. Dieser war, wie der Botschafter glaubte, über die englisch-italienische Abmachung befriedigt. Einem Abschluß zwischen Oesterreich und England auf dieser Basis, wenn die Umstände es erfordern sollten, werde nichts im Wege stehen.

Der Botschafter sieht in diesen Worten Kalnokys die alte Taktik, sich nicht durch andere in einen Krieg hineinhetzen zu lassen. Der Aufforderung Bismarcks, er solle Kalnoky zum Abschluß zureden, kommt Reuß in vollem Umfange nach. Dabei scheint er etwas weitergegangen zu sein, als es der Kanzler gewünscht hatte, indem er darauf hinweis, daß doch Oesterreich, wenn es sich auf diese Koalition stütze, desto fester gegen Rußland werde auftreten können.[5]) Dieser Gedankengang entsprach nicht ganz dem

[3]) ebenda S. 278.
[4]) ebenda S. 294 Anm.
[5]) Arch. f. Pol. u. Gesch. VII 2, S. 134.

Sinne Bismarcks. Er war zwar eben der „geistige Vater einer anti-russischen Koalition“ geworden,[6]) aber er hatte bei dieser Aktion keine offensiven, sondern nur rein defensive Ziele im Auge gehabt. Er sah in einer Entente zwischen England, Italien und Oesterreich ein Gegengewicht gegen Rußland auf dem Balkan und im Orient und dadurch eine Gewähr für den Frieden.

Die beiden wichtigsten politischen Ereignisse des Jahres 1887 waren die Erneuerung des Dreibundes und der Abschluß des Rückversicherungsvertrags mit Rußland.

Nach einem Vorspiel im Herbst des Jahres 1885, in dem Italien die Verlängerung des Bündnisses mit Deutschland und Oesterreich vorschlug, begannen die Verhandlungen wieder im Sommer des Jahres 1886. In Wien hatte man wenig Lust, den Vertrag zu erneuern. Dagegen setzte Bismarck von Anfang an seinen ganzen Einfluß dafür ein. Er fürchtete den Gedanken, daß er Italien nicht nur verlieren, sondern daß dieses Land Anschluß bei einer deutschfeindlichen Macht suchen könnte. Die Aufgabe des deutschen Botschafters in Wien bestand darin, die österreichische Regierung unbedingt zu veranlassen und von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Vertrag zu erneuern. Bismarck brauchte die „Friedensliga“ als Gegengewicht gegen Frankreich; denn sie war in diesen Jahren notwendiger denn je. Kalnoky sträubte sich anfangs heftig gegen die Zumutung, die Mittelmeerinteressen Italiens in den Vertrag aufzunehmen. Der Botschafter mußte ihn von der Notwendigkeit dieser Zugeständnisse überzeugen, was äußerst schwierig war, da man in Wien im äußersten Falle die Erneuerung des bestehenden Vertrags zugeben wollte. Man glaubte, — ebenso wie in Rom — von dem Bündnis zu wenig profitiert zu haben.

Am 22. Oktober 1886 meldete Prinz Reuß aus Wien, man sei jetzt dort zu dem Entschluß gekommen, den Wunsch Italiens, die Mittelmeerinteressen in den Vertrag aufzunehmen, nicht a limine abzuweisen.[7]) Es war dem Botschafter also gelungen, den österreichischen Minister davon zu überzeugen, daß die italienischen Wünsche keineswegs im Widerspruch zu den österreichischen Interessen ständen. Kalnoky lehnte es aber ab, die evtl. Okkupation von Tripolis durch Frankreich zum Kriegsfall zu machen. Eine Besitzergreifung dieser Provinz durch Italien gönne Oesterreich dem Bundesgenossen.

Wenige Tage später schlug Reuß, „erhaltenem Auftrage gemäß“,[8]) dem österreichischen Außenminister die Verlängerung des

[6]) Trütschler: „Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887“. S. 85.
[7]) B. K. A. IV, S. 195.
[8]) ebenda S. 198.

seitherigen Vertrags vor. Obwohl Kalnoky zu der Treue und Sicherheit Italiens kein großes Vertrauen hatte, gewann Prinz Reuß, der dem Minister die Notwendigkeit des Bündnisses in der gegenwärtigen Krisenzeit vor Augen führte, den Eindruck, daß der österreichisch-ungarische Minister der Verlängerung des Vertrags große Wichtigkeit beilegte.

Die Einmütigkeit in der Auffassung zwischen dem Auswärtigen Amt und der Botschaft in Wien, die wir bisher feststellen konnten, war in der Folgezeit umso notwendiger, da man in Wien von Modifikationen des alten Vertrags durchaus nichts wissen wollte, während man in Berlin zur restlosen Annahme der italienischen Abänderungsvorschläge entschlossen war. In keinem Falle durfte sich der Botschafter in Wien schwach oder nachgiebig zeigen.

Prinz Reuß hatte den Ansprüchen Oesterreichs gegenüber einen schweren Stand, da man in Wien nicht geneigt war, wegen kolonialer Streitigkeiten für Italien in einen Krieg mit Frankreich verwickelt zu werden. Man war sich nicht bewußt, daß durch die Ereignisse der vergangenen vier Jahre sich die Voraussetzungen, von denen man bei dem Abschluß des Dreibundvertrags ausgehen mußte, wesentlich geändert hatten; denn der Bündniswert Italiens hatte sich durch seine Rivalität mit Frankreich auf kolonialem Gebiet seit dem Jahre 1882 erheblich gesteigert. Man wollte in Wien nicht einsehen, daß Bismarck und ebensosehr der Zweibund Italien brauchte, da im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Italien und eines zu erwartenden Sieges des ersteren der Druck, den unser Nachbar im Westen auf die Partner des Zweibundes ausgeübt hätte, vielleicht unerträglich gewesen wäre.

Es gelang Reuß zunächst nicht, den österreichischen Minister von seinen Bedenken gegen den italienischen Vertragsentwurf, den Graf Robilant vorgelegt hatte, zu befreien.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Untersuchung sein, die zahlreichen Einwände und Gegenvorschläge Oesterreichs, die Reuß immer wieder gewissenhaft nach Berlin berichtete, aufzuzählen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Fürst Bismarck bei allen diesen Vorschlägen Oesterreichs auf der Seite der Italiener stand, und wir können feststellen, daß der Botschafter, der die deutsch-österreichischen Streitfragen, die sich im Verlaufe dieser Verhandlungen ergeben hatten, immer geschickt behandelt hatte, ohne von seinem Standpunkt im geringsten abzuweichen, auch jetzt in Wien sich genau an Bismarcks Instruktionen hielt und energisch, wie es in Berlin gewünscht wurde, die deutschen Interessen zu vertreten sich bemühte.

Mitte Januar 1887 meldete er das Ergebnis einer entscheidenden Unterredung mit Kalnoky,[9]) bei der es sich um die endgültige Formulierung des Vertragstextes handelte. Auf seine wiederholten Bitten, seine Antwort auf die italienischen Vorschläge zu beschleunigen, habe ihm Kalnoky nur eröffnet, vom Standpunkt der österreichisch-ungarischen Interessen aus sei es entschieden besser, einfach den früheren Vertrag zu erneuern.

Nach 1½ jährigen Verhandlungen war man also so weit wie zuvor. Die Bemühungen des Botschafters, so schien es, waren vollkommen nutzlos gewesen. Prinz Reuß, der peinlich überrascht war, verhehlte dem Minister nicht, welchen Eindruck seine unerwartete Eröffnung auf ihn gemacht hätte.[10]) Redaktionelle Ausstellungen habe er erwartet, aber keine völlige Ablehnung. Mit allen möglichen Argumenten suchte der Botschafter die Notwendigkeit der Erneuerung des Vertrags für Oesterreich zu beweisen. Die Befürchtung des Prinzen, daß Italien sich im Falle der Ablehnung seiner Vorschläge vom Dreibund lostrennen würde, teilte Kalnoky nicht. Er glaubte, die Gefahr, mit Italien ohne Bündnis weiterzuleben, sei nicht groß.

Schließlich kam die Verlängerung des Vertrags doch noch zustande, da Bismarck einen Ausweg aus den Schwierigkeiten fand. Oesterreich wurde von der Unterzeichnung des Art. IV einfach befreit.

Als Prinz Reuß am Tage vor der Unterzeichnung an Bismarck schrieb: „Es ist nur zu hoffen, daß nicht ein neuer Inzidenzfall eintritt, der die gewünschte Unterzeichnung nochmals hintanhalten könnte“ [11]) und dies nicht geschah, war er sicher befriedigt von dem Ergebnis seiner Bemühungen.

Wohl an keinem andern Beispiel kann man die Art der einmütigen Zusammenarbeit zwischen Kanzler und Botschafter mit größerer Deutlichkeit zeigen. Ueber ein und ein halbes Jahr hatten sich die engeren Verhandlungen hingezogen. Mehr als einmal drohten sie völlig zu scheitern. Aber im Bunde mit dem Botschafter war es Bismarck gelungen, über zahlreiche Schwierigkeiten hinweg, die das allzu vorsichtige Oesterreich immer wieder verursacht hatte, schließlich doch noch die Erneuerung des Vertrags in Wien durchzusetzen.

Schwieriger lagen die Verhältnisse bei der im gleichen Jahre fälligen Erneuerung des Dreikaiserbündnisses. War Prinz Reuß von der Möglichkeit einer Verlängerung des Vertrags überzeugt und wie stellte er sich dazu?

---

[9]) ebenda S. 231 ff.
[10]) ebenda S. 234.
[11]) ebenda S. 256.

Bismarck hegte die feste Zuversicht, daß es ihm trotz der bulgarischen Krise und ihrer Folgen in dem Verhältnis zwischen Rußland und Oesterreich gelingen würde, die Erneuerung des Bündnisses durchzusetzen.

Prinz Reuß, der in diesem Sinne sondierte, war überrascht von der Aeußerung seines russischen Kollegen, daß eine Entente mit Oesterreich für Rußland eigentlich zwecklos sei, wenn man über die bulgarische Frage nicht zu einer Verständigung mit der Donaumonarchie kommen könne. Ebenso mußte er zu seinem Leidwesen feststellen, daß in Oesterreich ungefähr das gleiche „Raesonnement gemacht" würde.[12])

Reuß kannte demnach die Stimmung unseres Bundesgenossen gegen das Bündnis und er war sich im klaren darüber, daß die äußerste Kraftanstrengung nötig sein würde, um Oesterreich von Bismarcks Auffassung zu überzeugen. Er zögerte deshalb nicht, Kalnoky dringend zu ersuchen, er möge die dargebotene Hand ergreifen und nicht zu viel an den Unklarheiten der russischen Vorschläge herumdeuten.

Wie Bismarck, so hatte auch Reuß jetzt noch feste Hoffnung, das Bündnis zu Dreien zu retten. Bismarck droht schließlich mit einem Abschluß zu Zweien ohne Oesterreich und überläßt es dem bewährten Takte des Botschafters, „die Frage zu entscheiden, in welcher Form und evtl. zu welchem Zeitpunkte eine Hindeutung auf die ... Notwendigkeiten deutscher Politik von Nutzen in Wien sein würde".[13])

Bismarck konnte das ruhig tun; denn Prinz Reuß behandelte die Frage energisch und doch immer taktvoll. Seine Vertrauensstellung, die er sich der österreichischen Regierung und besonders Kalnoky gegenüber geschaffen hatte, ermöglichte es ihm wieder, ganz offen und ohne Phrasen den Standpunkt Bismarcks zu vertreten. Er sagte dem österreichischen Minister kurz und bündig, daß Deutschland jedenfalls den Vertrag mit Rußland erneuere, wenn nötig, ohne Oesterreich, daß aber Bismarck bestimmt mit Oesterreichs Beteiligung rechne.

Unterdessen gingen die Verhandlungen über den Abschluß des Rückversicherungsvertrags zwischen Deutschland und Rußland weiter. Prinz Reuß, der nichts davon wußte, gab aber die Hoffnung noch nicht auf, den Vertrag zu Dreien zu erneuern. In Wien war man zu dem Entschluß gekommen, den Vertrag von 1879 nicht mehr geheim zu halten und war nun wieder sehr dafür, die Verbindung mit Rußland nicht abreißen zu lassen, und man

[12]) B. K. A. V, S. 215 ff.
[13]) ebenda S. 217.

war ganz bereit, den Vertrag zu erneuern.[14]) So hatte sich Kalnoky dem deutschen Botschafter gegenüber geäußert, als dieser auf einen Erlaß Bismarcks, der ihm das Ergebnis einer Unterredung mit Schuwalow mitteilte, in Wien sondiert hatte, wie man sich nunmehr zu einer Verlängerung des Bündnisses stellen würde. Reuß hatte dadurch, daß er sich voll und ganz für diesen Gedanken einsetzte, erreicht, daß Kalnoky erklärte, er lege wirklich Wert darauf, die vertragsmäßige Bindung mit Rußland nicht abreißen zu lassen. Auch war der österreichische Botschafter in Petersburg beauftragt worden, in diesem Sinne mit Giers zu verhandeln, natürlich ohne Erfolg.

Die Bereitwilligkeit Kalnokys, den Vertrag zu erneuern, ist wesentlich auf die Bemühungen des deutschen Botschafters zurückzuführen. Reuß hatte sich wieder mit der Kraft seiner ganzen Ueberzeugung für dieses Ziel eingesetzt. Leider ging er dabei von einer falschen Voraussetzung aus; denn Schuwalow hatte nicht, wie Reuß aus dem Erlaß Bismarcks vom 15. Mai 1887 schließen zu können geglaubt hatte, in Berlin die Erneuerung des Vertrags angeregt.[15])

Es hatte sich vielmehr nur um unverbindliche Besprechungen zwischen Bismarck und dem russischen Botschafter gehandelt, aus denen man ersehen konnte, daß eine Erneuerung des Dreikaiserbündnisses kaum mehr möglich war. Ja, Bismarck hatte dem Wiener Botschafter in dem oben erwähnten Erlasse vom 15. Mai geschrieben, „der Botschafter Graf Schuwalow aber ist eher ein Gegner des neuen Vertragsabschlusses".[16])

Als Prinz Reuß in dem Antwortbericht vom 18. ds. Mts. von der Bereitwilligkeit Wiens schrieb, das Abkommen zu erneuern, mußte nunmehr Bismarck seinem Botschafter gegenüber die Sache wieder richtigstellen. Er schrieb ihm am 23. Mai: „Ich entnehme daraus, (d. h. aus den Berichten des Botschafters) daß Ew. pp. meine Aeußerungen bezüglich der Unterredungen mit dem hiesigen russischen Botschafter über die Frage der Verlängerung des dreiseitigen geheimen Abkommens dahin aufgefaßt haben, daß Graf Schuwalow mir gegenüber die Erneuerung des Vertrags zu Dreien angeregt hatte. Das ist nicht der Fall gewesen".[17])

Damit war für den Botschafter auch die Grundlage für seine Verhandlungen mit Kalnoky geschwunden. Für uns aber ist wichtig, zu sehen, daß er sich ganz im Einverständnis mit Bismarck befand, der ihm am 23. Mai schrieb, er habe dem russi-

[14]) ebenda S. 236.
[15]) ebenda S. 237.
[16]) ebenda S. 234.
[17]) ebenda S. 237.

schen Botschafter in Berlin, Schuwalow, gegenüber, — der ihn von dem Entschluß Kaiser Alexanders, die Erneuerung des Bündnisses zu Dreien abzulehnen, benachrichtigt hatte — die Sache des dreiseitigen Vertrags vertreten und hervorgehoben, daß Rußland keine bessere Garantie gegen Koalitionen finden werde, als durch einen Vertrag mit Deutschland und Oesterreich.

Wir sehen: Die Auffassung Bismarcks und seines Botschafters in Wien harmonierten glänzend zusammen. Leider blieb der Erfolg ihrer Bemühungen aus; denn schon Anfangs Juli mußte Reuß den österreichischen Minister von dem Entschluß der Berliner Regierung in Kenntnis setzen, die Verhandlungen über die Erneuerung des Dreikaiservertrags fallen zu lassen, nachdem Petersburg den Termin hatte vorübergehen lassen.

In der Frage der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrags vom Jahre 1879, die Bismarck im Mai des Jahres 1887 anregte, stimmten die Auffassungen des Kanzlers und des Botschafters überein.[18]) Gemäß dem Auftrag des Kanzlers, Kalnoky gegenüber immer wieder zu betonen, daß er die treue Beachtung der Verträge mit Oesterreich nicht nur als ein Gebot der Pflicht, sondern auch der gegenseitigen Interessen betrachte, verhandelte Reuß in Wien und bemühte sich, die beiderseitigen Ansichten in Uebereinstimmung zu bringen. Seine Bemühungen hatten auch sofort den Erfolg, daß sowohl Kaiser Franz Joseph als auch Kalnoky ihre Zustimmung zur Veröffentlichung des Bundesvertrags gaben. Bismarck empfand große Genugtuung über diesen Erfolg des Botschafters und ging sofort daran, die Form, in der das Bündnis publiziert werden sollte, zu finden. Dabei fand er, wie immer, die erfolgreiche Unterstützung des Botschafters. Kalnoky erklärte sich durchaus damit einverstanden, daß ein „sensationelles Vorgehen" vermieden und der Inhalt des Vertrags zunächst nur dem Petersburger Kabinett mitgeteilt werden sollte. Im Laufe der Verhandlungen ergab sich auch sehr bald eine Uebereinstimmung über den Modus, in dem die Veröffentlichung des Vertrags vor sich gehen sollte. Denn als Reuß am 23. Mai das Ergebnis seiner Verhandlungen mit dem österreichischen Außenminister dem Kanzler mitteilte,[19]) konstatierte dieser die Uebereinstimmung zwischen Berlin und Wien, und die Frage war damit zur Zufriedenheit beider Teile erledigt.

Während der Krisenjahre drohte nicht nur der Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges, sondern der Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland auf dem Balkan, besonders z. Zt. der bulgarischen Krise, rückte die Möglichkeit einer kriegerischen Aus-

[18]) ebenda S. 271 ff.
[19]) ebenda S. 279 ff.

einandersetzung in bedrohliche Nähe. Bismarcks Stellungnahme zur Frage des casus foederis war ganz klar und eindeutig. Wenn Rußland ohne vorhergehende Provocation Oesterreich angreift, tritt für Deutschland der casus foederis ein. Greift dagegen Oesterreich an, dann muß es auf eigene Verantwortung den Krieg führen.

Die Aufgabe des Botschafters bestand darin, Oesterreich immer und immer wieder zu warnen und zu empfehlen, auf diplomatischem Gebiet tunlichstes Entgegenkommen zu zeigen, um Rußland nicht zu reizen, dagegen auf militärische Rüstungen die größte Sorgfalt zu verwenden.

Prinz Reuß, der Oesterreich aus langer Erfahrung kannte, wußte genau, daß seine Befürchtungen nicht grundlos waren. Die Sorgen Bismarcks teilte er in vollem Umfange.

Bei seinen Verhandlungen mit Kalnoky auf der Grundlage der Bismarck'schen Instruktionen gewann er den Eindruck, daß sich der österreichische Minister über den casus foederis vollkommen klar sei. Bismarck war mit dem Ergebnis der Unterredung zwischen Reuß und Kalnoky sehr zufrieden. Aus seinen Marginalien[20]) zum Bericht des Botschafters geht hervor, daß er mit dessen diplomatischer Technik vollkommen einverstanden war. Dem Kaiser Franz Joseph gegenüber glaubte der Botschafter erreicht zu haben, daß er das Vertrauen des Monarchen in unsere Bundestreue bestärkt, aber darüber hinaus keine Hoffnungen erweckt habe.

Während für Bismarck die militärischen Auffassungen des Großen Generalstabs in der Gestaltung des Bundesverhältnisses mit Oesterreich keine Rolle spielten, scheint der Botschafter zwischen militärischen und politischen Auffassungen manchmal nicht scharf geschieden zu haben. Bismarcks Erlaß vom 15. Dezember 1887 schuf vollständige Klarheit in dieser Beziehung.[21]) Der Kanzler schrieb hier: „Ew. Durchlaucht gehen darnach (d. h. nach den Berichten) scheinbar von der Voraussetzung aus, daß die militärischen Auffassungen des Generalstabs, welche Ihnen durch Erlaß Nr. 686 zur Orientierung und Belebung der österreichischen Militärs mitgeteilt wurden, für meine politische Auffassung maßgebend wären. Ich habe dabei nur die Absicht gehabt, usw." Ganz klar und unzweideutig heißt es in diesem Erlaß: „solange ich Minister bin, werde ich meine Zustimmungen zu einem prophylaktischen Angriffe auf Rußland nicht geben und ich bin auch weit entfernt, Oesterreich zu einem solchen zu raten, solange es nicht der englischen Mitwirkung dabei absolut sicher ist". (VI. 24 f.)

---

[20]) B. K. A. VI, S. 13 ff.
[21]) ebenda S. 24 ff.

Wir müssen bei der Beurteilung der Haltung des Botschafters berücksichtigen, wie überaus schwierig es oft war, immer den richtigen Weg zu finden. Denn Bismarcks Ansicht stand die Auffassung des Generalstabs, der den Praeventivkrieg gegen Frankreich empfahl, schroff gegenüber.

Jedoch hat Prinz Reuß keinen Augenblick gezögert, Bismarcks Auffassung in dieser Frage, sobald sie ihm klar war, energisch zu vertreten.

Obwohl er am 1. Dezember überzeugt war, daß Kalnoky an keinen Krieg denke und daß er über den casus foederis nicht im geringsten im Zweifel sei, schrieb der Botschafter am 11. Dezember: „Der Minister glaubt offenbar nunmehr annehmen zu können, daß, wenn der Krieg unglücklicherweise wirklich ausbrechen werde, Oesterreich-Ungarn denselben unter keinen Umständen ohne uns zu führen haben werde".[22]) Reuß wollte zweifellos damit sagen, daß Kalnoky trotz aller Warnungen und Vorstellungen doch immer noch die leise Hoffnung zu hegen scheine, daß ein Angriff Oesterreichs auf Rußland einmal möglich und Deutschland dann der Bundesgenosse der Donaumonarchie sein werde.

Das war nun wieder der Erfolg der Bemühungen des Botschafters, die Oesterreicher über die Frage des casus foederis nicht im unklaren zu lassen. Allmählich kam man in Wien zu der Einsicht, daß Verständigung mit Rußland nichts anderes bedeuten würde, als vollkommene Unterordnung unter die russische Politik.

Reuß bemerkt dazu: „Das ist's eben; warum hat man hier die günstige Zeit für die Demarkation verpaßt!"[23])

Wie Bismarck, so hatte auch der Botschafter vor wenigen Jahren in Wien vorgeschlagen, die Interessensphären der beiden Rivalen auf dem Balkan durch eine Demarkationslinie abzugrenzen. Aber in Wien wollte man nichts davon wissen. Man redete zwar immer von einem Krieg gegen Rußland, dachte aber nicht daran, Maßnahmen zu ergreifen, um einen solchen, wenn nötig, erfolgreich zu führen. Der Botschafter mußte sich deshalb unausgesetzt bemühen, zu erreichen, daß wenigstens Vorarbeiten für eine Mobilmachung in Angriff genommen wurden. Denn Bismarck wünschte ein starkes und wohlgerüstetes Oesterreich und entrüstete sich gewaltig über die Sorglosigkeit der österreichischen Regierung, die immer nur auf den starken Bundesgenossen vertraute.

Auch in dieser Frage bestand vollkommene Einigkeit zwischen Bismarck und seinem Botschafter, welch letzterer ihm schrieb: „Diese

[22]) Arch. f. Pol. u. Gesch. VII 2 S. 143.
[23]) ebenda S. 143.

Geschichte zeigt, wie nötig es war, daß wir jetzt auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht und die schläfrige Gesellschaft ein wenig aufgerüttelt haben".[24])

5. Kapitel:

Entlassung.

Bismarcks Einfluß auf die deutsche Politik hatte mit seiner Entlassung nicht aufgehört. Hinter allen großen Entscheidungen, die unmittelbar nach seinem Abgang getroffen wurden, stand unsichtbar seine riesenhafte Gestalt.

Für alle Botschafter, die unter seiner Kanzlerschaft groß geworden waren, erhob sich die entscheidende Frage nach der Stellungnahme zu der Politik des „neuen Kurses".

Wie verhielt sich Prinz Reuß zur Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags?

Während seiner langen Tätigkeit in Wien war es ihm nicht verborgen geblieben, wie der innere Auflösungsprozeß in Oesterreich immer weiter um sich griff. Diese Tatsache hatte auch zu den größten Sorgen des alten Bismarck gehört.

Aus der Zeit der Verhandlungen über die Erneuerung des Rückversicherungsvertrags haben wir nur einen Bericht des Wiener Botschafters vom 4. Juni 1890, in dem er seine Stellungnahme zu dieser Frage begründet. Die Korrespondenz des Petersburger Botschafters, General v. Schweinitz, ebenso der entscheidende Erlaß Caprivis vom 29. Mai 1890, in dem der neue Reichskanzler die Nichterneuerung des Vertrags durch Deutschland ausführlich begründete, wurden dem Prinzen Reuß zur Einsichtnahme zugeschickt. Dieser antwortete darauf in dem oben genannten Berichte, der aber so merkwürdig ist, daß es sich lohnt, ihn etwas genauer zu betrachten. Prinz Reuß schreibt hier: „Ew. Excellenz haben mich nicht um meine Ansicht befragt, ich bitte daher, mir zu verzeihen, wenn ich mich trotzdem nicht enthalten kann, **meine rückhaltlose Zustimmung zu den politischen Grundsätzen auszusprechen,** welche in den an den Botschafter (Schweinitz) gerichteten Erlassen vom 29. vor. Mts. in so klarer und bestimmter Weise ausgesprochen sind".[1])

[24]) ebenda S. 144.
[1]) D. K. A. VII, S. 36.

Erst im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg hatte Reuß von den Einzelheiten des Rückversicherungsvertrags Kenntnis erhalten. Er fährt fort, indem er darauf hinweist, daß wir durch die Abweisung eines „unsicheren halben" Bundesgenossen den „alten Verbündeten" nur noch fester an uns ketten werden. Er habe in den letzten Jahren an maßgebender Stelle oft darauf hingewiesen, daß wir uns Oesterreich dauernd entfremden würden, wenn wir nur das geringste Mißtrauen in unsere Zuverlässigkeit erregen würden. Etwas merkwürdig mutet uns die Feststellung an: **„Fürst Bismarck hielt wenig von der Bundestüchtigkeit Oesterreichs,** und sah in diesem Bündnis nicht das Aequivalent für die Gefahren, denen wir, zwischen Rußland und Frankreich eingeklemmt, ausgesetzt sein könnten". Er fügt hinzu, die „Macht und Tatkraft" Oesterreichs haben nicht den Grad erreicht, den man von einem wirklichen Bundesgenossen erwarten sollte. Wichtiger aber, als die „vollendete militärische Tüchtigkeit" scheine ihm der „redliche Wille" und die „Zuverlässigkeit" des Bundesgenossen. Es war dem Botschafter nicht verborgen geblieben, daß Bismarck in den letzten Jahren dem Zweibund gegenüber immer skeptischer geworden war. (Zweifellos gehört das Bündnisangebot, das Bismarck in seinem Brief an Salisbury vom 22. November 1887 an England machte, in diesen Zusammenhang).

Nunmehr war es aber dem Prinzen Reuß ganz klar geworden, daß nach der Aufgabe der vertraglichen Bindung mit Rußland die Zuverlässigkeit Oesterreichs, — wenn auch die militärischen Kräfte zweifelhaft seien — und sein guter Wille steigen würden, wenn es sehe, daß es sich jetzt noch mehr auf uns verlassen könne als früher. Wir wollen nicht entscheiden, ob die Worte diesen Sinn haben sollten, oder ob hinter der begeisterten Zustimmung des Botschafters zu der Politik des „neuen Kurses" eine Kritik verborgen war. Jedenfalls aber, und das allein ist für uns hier wichtig, zeigt dieser Bericht, daß Prinz Reuß den Gegensatz zwischen der Politik Bismarcks und der des „neuen Kurses" in diesem Augenblick lebhaft empfand.

Trotzdem hielt der Botschafter an den Grundlinien der Bismarck'schen Politik auch nach dessen Sturz noch fest. Die Erneuerung des Dreibunds und des Vertrags mit Rumänien befürwortete er warm. Ebenso trat er wieder energisch für den Gedanken der Interessensphären auf dem Balkan ein, den Bismarck vor Jahren angeregt hatte, und der von dem Botschafter schon damals begeistert aufgenommen war.

Als Bismarck ging, standen, wie schon gesagt, fast alle seine Botschafter vor der entscheidenden Frage. Sollten sie sich mit dem

Kanzler solidarisch erklären und ihren Abschied nehmen, oder sollten sie bleiben und weiter dienen? Und tatsächlich fühlte sich keiner berechtigt, dem jungen Kaiser seine bewährte Kraft zu entziehen.

Aber diese Lösung der Frage konnte doch nur ein Notbehelf sein. Denn die alten Botschafter konnten sich auch mit dem besten Willen nicht ohne weiteres in das System der „Jünglinge" einordnen. So waren Konflikte nicht zu vermeiden. Reuß blieb nach Bismarcks Sturz noch 3 Jahre in Wien, um dort das Erbe des Kanzlers im Namen des Reichs zu verwalten. Neben die sachlichen Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Politik des „neuen Kurses" ergaben, traten aber bald persönliche, die dem Botschafter den längeren Aufenthalt in Wien unmöglich machten. Das typische Beispiel dafür ist der bekannte Skandal mit dem sog. „Urias-Brief", der damals in ganz Deutschland viel Staub aufwirbelte.

Bekanntlich hatte Fürst Bismarck nach der Aeußerung der „Neuen Freien Presse" vom 23. Juni 1892 dem Reichskanzler Fehde angesagt. „Die Brücken sind abgebrochen". Zunächst konnte man es sich im Reiche nicht erklären, weshalb Bismarck die Regierung bloßstellte. Aber bald fand man diese Ausbrüche des Zornes nur zu begreiflich, als der Erlaß Caprivis vom 9. Juni 1892 an den deutschen Botschafter Reuß in Wien im „Reichsanzeiger" erschien.[2]) Der Inhalt des Erlasses mußte den Alt-Reichskanzler schwer verletzen. Bismarck selbst äußert sich Poschinger gegenüber: „Das Schreiben, das er (Caprivi) vor meiner Abreise nach Wien an den Botschafter Reuß gerichtet hat, war einfach eine Unverschämtheit"[3]).

Im Sommer des Jahres 1892 war eine Reise des Alt-Reichskanzlers nach Wien geplant, wo die Hochzeit des Grafen Herbert mit der Gräfin Hoyos stattfinden sollte. Auf Bismarcks Wunsch hatte die Gattin des Botschafters sondiert, ob ein Besuch bei Kaiser Franz Joseph genehm sein würde und hatte vom Oberhofmeister zur Antwort erhalten, „daß der Kaiser es natürlich und selbstverständlich finde, wenn Fürst Bismarck als alter und bewährter Freund seines Hauses und Oesterreichs ihm seine Aufwartung mache".[4]) Am 1. Juni teilte Prinz Reuß in Berlin mit, daß Wien der Hochzeitsort und der 21. Hochzeitstag sei.[5]) Am 9. Juni holte sich Caprivi bei Kaiser Wilhelm II. die Genehmigung zu einer Instruktion an den Botschafter, die diesem und dem Botschaftspersonal die Teilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten verbot. Von der durch den Botschafter, bezw. dessen Frau, vermittelten und von

[2]) Gradenwitz, Otto: „Akten zu Bismarcks großdeutscher Rundfahrt vom Jahre 1892, II. Teil, Akten" Nr. 3, S. 5.
[3]) Bismarcks Ges. Werke, Bd. IX, S. 254.
[4]) Hofmann, Herm.: „Fürst Bismarck 1890—98", S. 78.
[5]) Gradenwitz „Akten" Nr. II, S. 4.

Kaiser Franz Joseph in Aussicht gestellten Audienz des Fürsten Bismarck wußte man in Berlin nichts, und Prinz Reuß hielt es auch für unnötig, die Zusage des Kaisers nach Berlin zu melden.

Als nun der Botschafter auf den Befehl Caprivis dessen Erlaß vom 9. d. Mts. Kalnoky vorlas, ergab sich sofort der Kontrast zwischen der Absicht des Kaisers, den Alt-Reichskanzler zu empfangen und dem Befehl aus Berlin. Reuß berichtete sofort die Sachlage, aber wiederum ohne dabei von seiner Beteiligung zu sprechen. In Berlin schritt man zu dem allein noch möglichen Mittel einer Korrespondenz zwischen den Monarchen, und Kaiser Wilhelm schrieb den bekannten „Urias-Brief" an den Kaiser von Oesterreich, worin er diesen bat, den „ungehorsamen Untertan" nicht zu empfangen. Am 12. Juni, am gleichen Tag, an dem der Kaiserbrief in Berlin abging, ersuchte Fürst Bismarck den Botschafter offiziell, eine Audienz zu vermitteln. Prinz Reuß folgerte aus der Instruktion Caprivis nicht, daß er in Berlin vorher anfragen müsse, sondern gab das Gesuch ohne Zögern weiter, da er ja wußte, daß der Kaiser entschlossen war, ihm zu entsprechen.

Wie ist nun das Verhalten des Botschafters nach den vorliegenden Tatsachen zu beurteilen? Zunächst mußte er sich als naher Freund Bismarcks verletzt fühlen. Sein Bericht vom 10. Juni[7]), als Antwort auf den Erlaß Caprivis vom 9. d. Mts., ist ein feines diplomatisches Schriftstück, das den Wert und die Charaktereigenschaften des Verfassers in das hellste Licht rückt. Der Zweck des Berichts ist, dem Kanzler zu beweisen, daß das geplante Vorgehen gegen Bismarck nur unheilvolle Folgen haben könne und deshalb am besten rückgängig gemacht werden sollte. Hier ist es nun äußerst interessant zu sehen, wie diplomatisch Reuß vorgeht. Nicht ihn stößt die Ignorierung Bismarcks ab, sondern Kalnoky und in erster Linie Kaiser Franz Joseph würden in eine große und „unerwünschte Verlegenheit" kommen, wenn sie, die an und für sich eine Aussöhnung zwischen Bismarck und seinem Kaiser sehr begrüßen würden, dem Wunsch Berlins entsprechend ihre Haltung gegenüber Bismarck in einer Frage der Etikette ändern müßten. Kaiser Franz Joseph habe bereits erklärt, er sehe einer Begrüßung Bismarcks mit Freuden entgegen und sei bereit, wenn dieser auf Politik zu sprechen komme, mit gewohnter Offenheit über manches zu sprechen, „was Er an dessen Haltung auszusetzen habe".

Kalnoky werde sich dem Fürsten gegenüber auf die konventionellen Formen beschränken, andererseits aber beklage er es, daß der Streit zwischen Bismarck und seiner Regierung nach Oesterreich hinübergetragen werde. Innerpolitische Schwierigkeiten, De-

[6]) Oesterreichische Rundschau, Januar 1919.
[7]) Gradenwitz „Akten" Nr. VI, S. 6 ff.

monstrationen regierungsfeindlicher Elemente, würden die für die österreichische Regierung nicht sehr angenehmen Folgen sein. Ja, Prinz Reuß geht sogar soweit, dem Reichskanzler offen zu sagen, daß seine Instruktionen eigentlich eine Taktlosigkeit bedeuten, indem sie dem Kaiser Franz Joseph „gewissermaßen eine gebundene Marschrichtung" vorschreiben, „und das ist für einen Souverän niemals angenehm".

Nun geht Reuß an die Hauptaufgabe, praktische Vorschläge zu machen und einen für beide Teile gangbaren Weg zu finden. Um kein Aufsehen zu erregen und niemand zu verletzen, ersuchte er den Kanzler, seinen Urlaub früher antreten zu dürfen und überhaupt die ganze Botschaft aus dem Spiele zu lassen. Was uns an dem Berichte des Botschafters auffällt, ist einerseits die Zurückhaltung, wenn es sich um seine eigene Person handelt. Er, der Botschafter und langjährige Bismarckanhänger, tritt ganz in den Hintergrund. Andererseits sind wir aber frappiert durch die Offenheit des Tones, wenn es sich um die Sache handelt. Hören wir die beißende Ironie, wenn der Prinz schreibt, er verstehe es wohl, daß es der Wille Sr. Majestät sei, „auch bei dieser Gelegenheit (d. h. also auch im Ausland, bei einer privaten Familienfeier) dem Fürsten einen prägnanten Ausdruck Allerhöchst seiner Ungnade zu geben" oder wenn er mitteilt, daß Legationsrat Prinz Ratibor bereits eine Einladung zu der Hochzeit Herbert Bismarck angenommen habe, daß er diese aber selbstredend nunmehr ablehnend werde beantworten müssen (d. h. die Blamage wird auf das Auswärtige Amt zurückfallen).

Bevor der Bericht abging, fügte Prinz Reuß, dem die Sache außenordentlich wichtig war, noch eigenhändig einen „ganz vertraulichen" Zusatz bei.[8]) In wenigen Sätzen rekapituliert er hier den Inhalt seines Berichts. Sein dringender Rat geht dahin: stoßt die Oesterreicher nicht vor den Kopf; das Fernbleiben der Botschaft wird einen denkbar schlechten Eindruck machen; die Folgen eines solchen Schrittes im Ausland werden nicht zu übersehen sein. „Ich halte es für Pflicht, Ew. Exzellenz hierauf im voraus aufmerksam zu machen".

Noch wußte Bismarck nichts von der gegen ihn geplanten Aktion, als er am 12. ds. Mts. an den Botschafter die Bitte richtete, „die nach dortigem Brauche üblichen Schritte zu einer Meldung bei Sr. Majestät dem Kaiser Franz Joseph, soweit sie nötig sind, durch die Botschaft zu veranlassen".[9]) Dabei war der Alt-Reichskanzler in dem Glauben, Prinz Reuß handle, wenn er seinem Wunsch entspreche, im Einverständnis mit seiner vorgesetzten

[8]) ebenda Nr. VII, S. 9 ff.
[9]) ebenda S. 4.

Behörde. Der Botschafter aber handelte in dem oben bereits angeführten Sinne.

Wie ist dieses Vorgehen zu bewerten?

Es ist keine Frage, daß Prinz Reuß in seiner Eigenschaft als Vertreter seiner Regierung amtlich dazu verpflichtet war, in Berlin vorher anzufragen, zumal es sich in diesem Falle um eine offizielle Anfrage handelte, und der Botschafter wußte, daß es nach den Vorgängen der letzten Wochen und besonders im Hinblick auf die Instruktion Caprivis vom 9. d. Mts. mehr als zweifelhaft sein mußte, ob ihm eine Unterstützung Bismarcks in diesem Falle gestattet sein würde. Bei der ersten Anfrage Bismarcks, zu sondieren, ob eine Audienz genehm sein würde, lagen die Verhältnisse ganz anders. Denn hier handelte es sich um eine reine Privatsache, und außerdem hatte sich Bismarck an die Gattin des Botschafters gewandt, die immer eine seiner treuesten Anhängerinnen gewesen war. Schließlich wußte Reuß damals noch nicht, wie sich die Berliner Regierung zu dem geplanten Besuch Bismarcks in Wien einstellen würde.

Man kann sich die Bestürzung des Botschafters vorstellen, als ihm Kalnoky am 16. d. Mts. in einem Privatbrief[10]) mitteilte, daß der Kaiser nicht in der Lage sei, den Fürsten und dessen Sohn zu empfangen. Franz Joseph hatte nach dem Wunsch seines Freundes, Kaiser Wilhelms II., die Audienz verweigert. Was blieb dem Prinzen anderes übrig, als Bismarck davon Mitteilung zu machen. In seinem Briefe an Caprivi[11]) aber finden wir noch eine Andeutung, daß er selbst die nunmehr verweigerte Audienz vermittelt habe.

Noch größer aber war das Erstaunen in Berlin, als man dort von dem österreichischen Geschäftsträger die Beteiligung des eigenen Botschafters erfuhr. Unverzüglich wurde von Reuß Abschrift seines Briefwechsels mit Kalnoky und Bismarck gefordert. Noch am 16. geschah das, und erst jetzt teilte der Botschafter mit, er habe keinen Anstand genommen, die Bitte des Fürsten dem österreichischen Minister zu übermitteln.[12])

Prinz Reuß wurde, was vom Standpunkt Caprivis aus verständlich ist, zum Sündenbock gestempelt. Allerdings wirkt es sonderbar, daß Reuß sich nicht dazu entschließen konnte, seine Beteiligung an der Audienzfrage in Berlin mitzuteilen, nicht einmal nachdem die Angelegenheit in negativem Sinne entschieden war. Denn daß bei den zu erwartenden Enthüllungen Bismarcks

[10]) ebenda S. XII, S. 15.
[11]) ebenda Nr. XV, S. 16.
[12]) ebenda Nr. XIV—XIX, S. 16 ff.

seine Stellungnahme in Berlin Anstoß erregen würde, damit mußte auch er rechnen. Es erübrigt sich, die Frage zu stellen, inwieweit Prinz Reuß von der Berechtigung des ihm von Caprivi erteilten Tadels überzeugt war. Denn er gibt es selbst zu, daß er durch die Unterlassung der Anfrage einen Fehler begangen habe. Nachdem aber die Dinge sich so entwickelt hatten, ging auch er aus seiner bisherigen Reserve heraus, und seine Antwort an Caprivi steht an Deutlichkeit nicht hinter dessen Schreiben zurück.[13])

Dieser Bericht vom 25. ds. Mts. zeigt einerseits, daß es auch damals nicht an Männern fehlte, die es wagten, eigene Ansichten zu äußern, wenn diese auch mit den Auffassungen der Zentrale in schroffem Widerspruch standen, und andererseits geht aus ihm die erfreuliche Tatsache hervor, daß der „verbrauchte Bismarckanhänger" Reuß, als man ihn zum Sündenbock stempelte, den Mut besaß, sich trotz der bismarckfeindlichen Stimmung der leitenden Männer der Zentrale, einschließlich des Kaisers, offen und ehrlich, wie er es gewohnt war, zu Bismarck zu bekennen und nach Berlin zu schreiben: „Unter diesen Umständen, ich gestehe es offen, ließ ich mich von dem Gefühl leiten, daß es mir widerstrebte, einem Mann, wie dem Fürsten Bismarck, dessen Andenken aus früherer, langer gemeinschaftlicher Dienstzeit mir wert geblieben ist, die Demütigung anzutun, ihn kurz abzuweisen".

Es war dem Botschafter nicht möglich gewesen, seinen Urlaub, wie beabsichtigt, am 18. ds. Mts. anzutreten, da er wenige Tage vorher erkrankte und längere Zeit das Bett hüten mußte. So ergab sich die bittere Ironie, daß Reuß am 21. nach Berlin melden mußte,[14]) Bismarck sei an seinem Krankenbett erschienen und habe ihm sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Kaiser Franz Joseph ihn nicht empfangen habe. Bismarck besuchte aber in diesem Falle nicht den Vertreter der Kaiserlichen Regierung, wie man in Berlin wohl wußte, sondern den persönlichen Freund und langjährigen Mitarbeiter.

Die Stimmung, die in diesen Tagen in Berlin herrschte, erhellt aus einer Aufzeichnung Waldersees. Dieser schrieb in diesen Junitagen des Jahres 1892, als das Verhalten des Wiener Botschafters in der Reichshauptstadt allgemeines Aufsehen erregte, in sein Tagebuch: „Reuß ist bei der Sache leider verunglückt. Der Wechsel soll allerdings erst in einiger Zeit eintreten. Mir tut es leid; denn Reuß ist ein so korrekter, gehorsamer und zuverlässiger Beamter, wie wir sie selten haben, zudem seine Position in Wien

[13]) ebenda Nr. XXIII, S. 19; Nr. XXIX, S. 24 ff.
[14]) ebenda Nr. XXV, S. 20.
[15]) Waldersee: „Denkwürdigkeiten" II, S. 248.

denkbar gefestigt. Rührend ist es zu sehen, wie schnell der Kaiser sich mit solchem Wechsel abfindet".[16])

Wenn wir die Aktion der deutschen Regierung gegen Bismarck anläßlich seiner großdeutschen Rundfahrt als Gesamtheit überblicken, so können wir urteilen, daß die Haltung des Wiener Botschafters den einzigen Lichtblick in diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte bildet. Sein Verhältnis zu Bismarck hätte keinen schöneren Abschluß finden können.

Wir werden nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß Prinz Reuß von diesem Augenblick an fest entschlossen war zu gehen. Eine solche Geschäftsführung wäre unter Bismarck nicht möglich gewesen. Dieser hatte einmal an Münster nach London geschrieben: „Die Formen hätten deshalb doch gewahrt werden können".[17])

Zu Neujahr 1894 erbat Prinz Reuß seinen Abschied und wünschte Philipp Eulenburg zu seinem Nachfolger. Damit, daß er den besten Freund und Vertrauten des Kaisers zu seinem Erben wünschte, zeigte er seine vornehme Art am besten. Er hatte nicht im geringsten das Gefühl, von seinem Nachfolger verdrängt worden zu sein.[18])

In Wirklichkeit aber war die Entlassung des Prinzen nicht so ganz unfreiwillig. Waldersee schrieb am 17. Januar 1894: „Es steht nun fest, daß der Botschafter Prinz Reuß abgehen muß... Wenige Tage nach Neujahr erhielt er den gewissen Brief. Er folgt nachweislich einem Zwange, wäre gern noch in Wien geblieben und auch gern dort behalten worden".[19])

Zum Schluß noch einige Beispiele, um zu zeigen, daß die Stellung, die sich der treue Bismarckschüler Reuß in Wien geschaffen hatte, nicht mehr haltbar war.

Mitte Dezember 1893 schrieb Bülow an Philipp Eulenburg: „Ich verhehlte Sr. Majestät nicht, daß Reuß seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen wäre. Aus sachlichen Gründen wäre es nicht mehr möglich".[20]) Wir sehen also, daß Reuß dadurch, daß er den Grundsätzen Bismarcks gemäß, die von diesem jederzeit gebilligte Politik in Wien vertrat, seiner eigenen Politik zum Opfer fallen mußte. Sollte Bülow, als er diesen Rat gab, nicht vielleicht

[16]) B. K. A. IV, S. 17.
[17]) Gradenwitz vermutet, die Aktion habe den Zweck verfolgt, die Wiener Botschaft für Eulenburg sturmreif zu machen. (Bism. Großdeutsche Rundfahrt S. 23).
[18]) Waldersee, „Denkwürdigkeiten" II, S. 303 ff.
[19]) Haller: „Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld", S. 132.
[20]) Eulenburg: „Aus 50 Jahren", S. 268.

selbst an die Nachfolge gedacht haben? Seine Majestät stimmte zu, indem er die sachlichen Gegensätze ins Persönliche umbog und meinte: „Ja, Reuß ist ganz matt, er kann nicht mehr". Als ich sagte, fährt Bülow fort, daß bei dem Ernst der Situation ein baldiger Wechsel mir notwendig erschiene, bemerkte Se. Majestät: „Lange geht es so freilich nicht, Reuß kann es nicht mehr lange treiben".

Daß es dem Kaiser damit ernst war, den Wiener Botschafter möglichst bald zu entfernen, erfahren wir aus einem Gespräch zwischen dem Kaiser und Philipp Eulenburg. Letzterer schreibt darüber: „Dann sprachen wir auch von Wien. Es sei die höchste Zeit gewesen, mich zum Botschafter zu machen. Mit all den alten Trotteln auf den wichtigsten Posten kann man überhaupt nicht mehr regieren. Reuß wolle er aber freundlich behandeln" — was ich von ihm erbat — „aber die ....! Pardon! — ich meinte meine Tante, verdient es eigentlich nicht, daß man auf den schlappen alten Gatten Rücksicht nimmt".

Ueber solche Worte, die die Stimmung Wilhelms II. gegen den Prinzen Reuß deutlich zeigen, ein Urteil abzugeben, erübrigt sich wohl; denn von einer Ueberalterung des Prinzen, der im 68. Lebensjahr stand, und noch 13 Jahre lebte, konnte doch gar keine Rede sein. Ebensowenig konnte ihm der Vorwurf gemacht werden, daß er aus irgend welchen Gründen seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen gewesen sei.

Reuß war sich natürlich im klaren darüber, daß sein Gegensatz zu der Zentrale zu groß war, als daß er nicht ein Ausscheiden im Frieden und gegenseitiger Achtung gewünscht hätte. Seine Stellung zu Bismarck, die er auch jetzt nicht ändern konnte, war unvereinbar mit den Wünschen der neuen Regierung. Bülow, der am Neujahrstage den deutschen Botschafter in Wien besuchte, schreibt an Philipp Eulenburg: „Septe [21]) ist äußerlich ruhig, aber erleichtert, daß das bald zweijährige Hangen und Bangen vorüber ist".[22]) Wir sehen also, seit 2 Jahren schon trug sich Reuß mit dem Gedanken, seinen Abschied zu nehmen. Nur das Gefühl, vielleicht noch Dienste leisten zu können, hatte ihn auf seinem Posten gehalten. Erst als er sehen und fühlen mußte, daß er entbehrlich war, zögerte er keinen Augenblick, zu gehen.

Prinz Reuß, dessen politische Tätigkeit wir mit den politischen Grundsätzen Bismarcks zu vergleichen versucht haben, gehörte nicht zu den Botschaftern, die ihre Aufgabe darin sahen, durch Berichte über Verstimmungen und jeden Klatsch die Beziehungen der

21) Spitzname des Prinzen Heinrich VII. Reuß.
22) Haller: „Aus dem Leben des..." S. 132.

Staaten zu trüben. Ebensowenig war es ihm ein Bedürfnis, in Berlin als witzig zu gelten und durch tendenziöse Meldungen sich interessant zu machen und die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Er handelte in diesem Punkte ganz nach dem Grundsatz, den Bismarck später in seinen „Gedanken und Erinnerungen" vertritt. „Ein Botschafter nicht nur, sondern jeder deutsche Diplomat an einem fremden Hofe, sollte nicht Berichte schreiben ...., in der Berechnung, daß sie als witzig mit Interesse und selbstgefälliger Heiterkeit gelesen würden, sondern er sollte sich, solange die Verhältnisse friedlich sind und bleiben sollen, des Hetzens und Klatschens enthalten".[23]) Wenn wir die Berichte des Wiener Botschafters lesen und näher ins Auge fassen, so müssen wir zunächst feststellen, daß **Prinz Reuß sich immer bemühte, die Tatsachen objektiv darzustellen** und nur ganz selten einmal seine eigene Ansicht in den Vordergrund stellte. **Bewußt drängte er sein eigenes Urteil zurück,** und Wendungen, wie „wenn es mir erlaubt ist, meine persönliche Ansicht auszusprechen", sind ganz selten.

Dabei fiel es aber dem Botschafter nicht ein, alles, was er hörte, nach Berlin zu berichten. Seiner Persönlichkeit traute er die Fähigkeit zu, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden. In diesem Falle hatte er nicht nur das rein Geschäftsmäßige im Auge, indem er es einfach dem Kanzler anheimstellte, über was er hinwegsehen und was er annehmen wolle, sondern als treuer Anhänger der Bismarck'schen Politik legte er diesem nur Fragen vor und teilte ihm nur Tatsachen mit, von denen er annehmen konnte, daß sie diskutierbar waren. Mit dieser Geschäftsführung, die dem Botschafter ein großes Maß von Selbständigkeit ließ, war Bismarck vollkommen einverstanden. In alle Geheimnisse und Absichten der deutschen Politik wurde Prinz Reuß von Bismarck eingeweiht, wenn je sich dieser entschloß, über seine Absichten zu andern zu sprechen.

Auf diesen Grundsätzen baute sich die diplomatische Technik des Wiener Botschafters auf, und daß sie richtig war, bewiesen seine Erfolge und sein Verhältnis zu Bismarck. Sein kluges und verständiges Wesen, das seine Freunde an ihm loben, hatte bei seinen Erfolgen wesentlich mitgeholfen.

Diese Untersuchung zeigt wieder, wie leicht es ist, in Bismarcks Worten, auch wenn sie auf den ersten Blick programmatische Bedeutung zu haben scheinen, Widersprüche nachzuweisen, die sich aber ebenso leicht aus der lebhaften und jeder Lebenslage anpassungsfähigen Persönlichkeit dieses Mannes erklären lassen. So kann, wenn wir die politische Tätigkeit des Prinzen Reuß als Gesamtheit überschauen, nicht die Rede davon sein, daß er zu den Bot-

[23]) Gedanken und Erinnerungen II, S. 263.

schaftern gehörte, die wie Unteroffiziere „einschwenkten". Vielmehr war auch er eine der originellen Persönlichkeiten, die dem ersten Ratgeber des Königs von Preußen zur Seite standen. Schade, daß Reuß keine Tagebücher hinterließ, sondern nur (noch unveröffentlichte) Bruchstücke eines solchen. Seine Aufzeichnungen hätten, nach seinen sachlichen Berichten zu urteilen, zweifellos unsere historische Kenntnis in größerem Umfange erweitert, als es bei so vielen umfangreichen Memoirenbänden der neuen und neuesten Zeit der Fall ist. Aber auch ohne „Denkwürdigkeiten" können wir uns die Tätigkeit dieses hervorragenden Botschafters und Mitarbeiters Bismarcks in ihrer vollen Bedeutung für die Geschichte unseres Volkes vor Augen führen.

Lebenslauf.

Ich, Alois Pfitzer, bin geboren worden am 15. April 1909 in Dietmanns OA. Waldsee als Sohn des Hauptlehrers, jetzigen Oberlehrers Paul Pfitzer in Weingarten OA. Ravensburg, und seiner Ehefrau Rosa geb. Schweizer. Nach Besuch der 1. und 2. Elementarklasse an der Oberrealschule in Heidenheim, sowie der 3. und 4. Grundschulklasse in Dewangen OA. Aalen trat ich im Herbst ds. Js. 1919 in die 2. Klasse des Gymnasiums Ellwangen ein, das ich im Frühjahr 1927 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Daraufhin bezog ich die Universität Tübingen. Meine Studienfächer sind: Geschichte, Deutsch und Englisch. Mit Ausnahme des Sommersemesters 1929, das ich in München zubrachte, studierte ich immer in Tübingen.

In Tübingen hörte ich bei den Herren Professoren und Dozenten: Bebermeyer, Bohnenberger, Borries, Franz, Gauger, Haller, Kluckhohn, Laqueur, Schneider, Schirmer, Vogt, Wahl, Wundt, in München bei: Borcherdt, v. Craus, Förster, Günter, A. O. Meyer, Otto, Wells.

Ihnen allen bin ich für vielfache Anregung zu Dank verpflichtet. Besonderen Dank aber schulde ich meinem verehrten Lehrer Herrn Professor Dr. A. Wahl, der mir die Anregung zu dieser Arbeit gegeben und ihre Entstehung stets mit Interesse verfolgt hat.

Schließlich sei es mir noch gestattet, Sr. Durchlaucht Prinz Heinrich XXXII. Reuß in München, sowie Herrn Major a. D. v. Schweinitz in Berlin, den ältesten Söhnen der Botschafter, auch an dieser Stelle herzlich zu danken für das große Interesse, das sie dieser Untersuchung entgegengebracht haben. Auf verschiedene Anfragen, vorwiegend biographischer Natur, haben sie mir in dankenswerter Weise bereitwilligst Auskunft gegeben.

Vereinigte Buchdruckereien Buchau-Schussenried-Aulendorf